

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2017/200237]

13. DEZEMBER 2016 — Dekret zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Kapitel 1 — *Allgemeine Bestimmungen***Artikel 1 - Anwendungsbereich**

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die Dienstleister sowie alle Personen, die ihre Unterstützungsmaßnahmen als Nutznießer in Anspruch nehmen.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. selbstbestimmtes Leben: die Gestaltung des eigenen Alltags unter Rückgriff auf die erforderliche Beratung, Begleitung und Unterstützung, wenn der betroffene Nutznießer dies benötigt oder wünscht;

2. Wahlfreiheit: die Freiheit des Nutznießers, sich selbstständig für eine Möglichkeit zu entscheiden;

3. Nutznießer: die nachfolgenden natürlichen Personen:

a) Kinder und Jugendliche: Personen zwischen 0 und 21 Jahren, die aufgrund langfristiger oder dauerhafter körperlicher, seelischer oder geistiger Beeinträchtigung oder Sinnesbeeinträchtigungen und in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehindert sein können;

b) Erwachsene: Personen zwischen 21 Jahren und dem gesetzlichen Pensionsalter, die aufgrund langfristiger oder dauerhafter körperlicher, seelischer oder geistiger Beeinträchtigung oder Sinnesbeeinträchtigungen und in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehindert sein können;

c) Senioren: Personen, die das gesetzliche Pensionsalter überschritten haben;

d) pflegende Angehörige: Personen, die einer in den Buchstaben a), b) oder c) erwähnten Person nahestehen und sich in einem nicht-beruflichen Rahmen um diese kümmern, unabhängig davon, ob sie hierfür entschädigt werden oder nicht. Die im Gesetz vom 12. Mai 2014 über die Anerkennung nahestehender Hilfspersonen erwähnten nahestehenden Hilfspersonen, die sich um sehr pflegebedürftige Menschen kümmern, gelten ebenfalls als pflegende Angehörige;

4. Stellvertreter: eine der nachfolgenden natürlichen Personen:

a) der gesetzliche oder der durch den Richter bezeichnete Vertreter des Nutznießers;

b) der durch den Nutznießer notariell bezeichnete Bevollmächtigte, mit Ausnahme der Personen, die für einen Dienstleister tätig sind, den der Nutznießer beansprucht;

5. Dienstleister: Dienste und Einrichtungen, die Unterstützungsleistungen bei den Nutznießern erbringen;

6. angemessene Vorkehrungen: die in Artikel 3 Nummer 9 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung erwähnten angemessenen Vorkehrungen;

7. Barrierefreiheit: die Auffindbarkeit, die Zugänglichkeit und die Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche für den Nutznießer;

8. Bedarfsermittlung: das Einschätzen und das Abklären der benötigten pflegerischen, sozialen, sozialpädagogischen und hauswirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen, des Bedarfs an Hilfsmitteln und an Anpassung der Wohnung, gegebenenfalls der beruflichen Integration, der finanziellen und administrativen Hilfsleistungen und anderer Bedürfnisse des Nutznießers. Die Ressourcen und Fähigkeiten des Nutznießers und seines sozialen Umfeldes werden hierbei berücksichtigt;

9. Case Management: die Verfahrensweise, um bedarfsentsprechend und angemessen die nötige Unterstützung, Begleitung, Förderung und Versorgung mit dem Nutznießer zu organisieren. Die Aufgabe ist hierbei, gemeinsam mit dem Nutznießer ein zielgerichtetes System der Zusammenarbeit zu planen, zu organisieren und auszuwerten, das auf den konkreten Unterstützungsbedarf des Nutznießers ausgerichtet ist;

10. Unterstützungsplan: das unter Einbezug des Nutznießers auf Grundlage der individuellen Bedarfsermittlung erstellte Unterstützungsangebot als Empfehlung für die vom Nutznießer angefragten Unterstützungsmaßnahmen;

11. Dienststelle: die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben;

12. UN-Konvention: das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006.

Art. 4 - Stellvertreter

Der Stellvertreter des Nutznießers kann im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben alle im vorliegenden Dekret und in dessen Ausführungsbestimmungen aufgeführten Rechte und Pflichten des Nutznießers in seinem Namen und für seine Rechnung wahrnehmen. Er handelt hierbei ausschließlich im Interesse des Nutznießers.

Kapitel 2 — *Schaffung der Dienststelle***Art. 5 - Schaffung**

Es wird eine Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben geschaffen.

Die Dienststelle besitzt die Rechtspersönlichkeit einer Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie unterliegt den Bestimmungen dieses Dekrets.

Die Dienststelle hat ihren Sitz in Sankt Vith.

Kapitel 3 — *Selbstbestimmtes Leben und Aufgaben der Dienststelle*

Abschnitt 1 — Allgemeine Aufgaben und Bestimmungen

Art. 6 - Allgemeine Aufgaben

Die Dienststelle nimmt folgende allgemeine Aufgaben wahr:

1. die allgemeine Information der Bevölkerung über die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen und Angebote im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle mittels Bewusstseinsbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitung von Dokumentation;
2. aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung die Beobachtung von Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle;
3. aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung die Ausarbeitung von Vorschlägen oder Empfehlungen zur Anpassung des Angebots mit den entsprechenden Rahmenbedingungen. Die Dienststelle kann ebenfalls auf Anfrage anderer Behörden Vorschläge oder Empfehlungen zur Anpassung des Angebots mit den entsprechenden Rahmenbedingungen ausarbeiten;
4. die Förderung und die Begleitung des Informationsaustauschs und der Netzwerkarbeit zwischen den Dienstleistern im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle;
5. die Durchführung oder Beauftragung von Studien und Untersuchungen;
6. die Förderung der Fort- und Weiterbildung für die im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle tätigen Personen;
7. als Anlaufstelle ("Focal Point") der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die UN-Konvention:
 - a) die allgemeine Koordination der Umsetzung der UN-Konvention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
 - b) die Erstellung eines übergreifenden Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der dem Parlament nach vorheriger Genehmigung durch die Regierung vorgelegt wird;
 - c) die Koordinierung der Umsetzung der UN-Konvention und der im Aktionsplan vorgesehenen Maßnahmen als Fachstelle;
 - d) die Information und Sensibilisierung im Hinblick auf die UN-Konvention, innovative Konzepte und Entwicklungen in diesem Bereich sowie über bzw. für die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfindenden Maßnahmen und Prozesse;
 - e) die Berichterstattung zur Umsetzung der UN-Konvention;
 - f) die Konzertierung mit den zuständigen nationalen und internationalen Einrichtungen;
8. die Beratung und Sensibilisierung im Hinblick auf die Barrierefreiheit;
9. im Auftrag der Regierung die Wahrnehmung der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in belgischen, europäischen oder internationalen Gremien sowie das Abschließen von Kooperationsvereinbarungen mit Behörden und Einrichtungen im In- und Ausland.

Art. 7 - Beratung der Nutznießer

Die Dienststelle nimmt folgende Beratungsaufgaben zugunsten der Nutznießer wahr:

1. die persönliche Information, Orientierung und Beratung des Nutznießers über bestehende Unterstützungsmaßnahmen im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle;
 2. die Durchführung der individuellen Bedarfsermittlung, die mit dem Nutznießer erfolgt. Die Dienststelle berücksichtigt bei dieser Bedarfsermittlung die Wünsche und Bedürfnisse des Nutznießers sowie seine Wahlfreiheit. Auf Wunsch des Nutznießers können andere Personen bei der Bedarfsermittlung hinzugezogen werden. Die Bedarfsermittlung erfolgt im Regelfall in der Wohnung des Nutznießers bzw. an seinem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz;
 3. das Erstellen eines individuellen und lebensweltorientierten Unterstützungsplans in Absprache mit dem Nutznießer. Im Unterstützungsplan werden die Resultate der Bedarfsermittlung und die gemäß dieser Bedarfsermittlung festgelegten Unterstützungsmaßnahmen festgelegt. Der Unterstützungsplan wird in Kenntnis der eigenen und der vorhandenen freien Kapazitäten der Dienstleister und in Absprache mit diesen erstellt;
 4. die Koordination der Maßnahmen des Unterstützungsplans bei Bedarf und sofern der Nutznießer mit dem ausgearbeiteten Unterstützungsplan einverstanden ist. Wird von dem Unterstützungsplan abgewichen oder wird er verworfen, unterstützt die Dienststelle den Nutznießer bei der Umsetzung der von ihm gewählten Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten der Dienstleister;
 5. die Simulation der Eigenbeteiligung für die im Unterstützungsplan vorgesehenen Unterstützungen und die Information des Nutznießers über mögliche finanzielle und administrative Hilfsleistungen;
 6. die fachliche und persönliche Beratung des Nutznießers über den gesamten Zeitraum der Unterstützungsleistung und die bedarfsgerechte Koordinierung der Maßnahmen unter Berücksichtigung der individuellen Lebenswelt des Nutznießers. Um zu prüfen, ob die Maßnahmen weiterhin angepasst sind, wird der Unterstützungsplan gemeinsam mit dem Nutznießer und den jeweiligen Dienstleistern:
 - a) für Kinder, Jugendliche und Erwachsene: auf Anfrage des Nutznießers oder auf Vorschlag der Dienststelle überprüft;
 - b) für Senioren: mindestens alle sechs Monate überprüft.
- Die Nutznießer und jeweiligen Dienstleister informieren die Dienststelle auch im Falle einer Veränderung der Bedarfssituation;
7. die Beratung des Nutznießers im Bereich der Gewaltprävention und die Unterstützung bei Gewalterfahrungen.
- Die Regierung bestimmt die Bedingungen, die für die Inanspruchnahme der Bedarfsermittlung und der Erstellung des Unterstützungsplans einzuhalten sind, sowie die zur Einschätzung des Bedarfs zu verwendenden Bewertungskriterien und -verfahren.

Art. 8 - Beihilfen und Zuschüsse zugunsten der Nutznießer

Die Dienststelle kann den Nutznießern finanzielle Beihilfen und/oder Zuschüsse für individuelle Hilfs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung angemessener Vorkehrungen gewähren, einschließlich für Mobilitätshilfen.

Die Regierung bestimmt:

1. die Beihilfe- und Zuschussbedingungen, einschließlich eines eventuellen Höchstbetrags;
2. die eventuellen Formen der Beihilfen und Zuschüsse;
3. die Kriterien und das Verfahren, nach denen die Dienststelle Beihilfen und Zuschüsse gewähren kann.

Art. 9 - Materielle Unterstützung zugunsten der Nutznießer

Die Dienststelle kann den Nutznießern materielle Unterstützungen für individuelle Hilfs- und Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf die Umsetzung angemessener Vorkehrungen zur Verfügung stellen, einschließlich für Mobilitätshilfen in Form von Ausleihen.

Art. 10 - Verpflichtungen der Nutznießer

Die Regierung bestimmt:

1. unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen den Betrag und die Modalitäten zur Festlegung der Eigenbeteiligung zulasten der Nutznießer, die die Unterstützungsleistungen der Dienststelle oder der Dienstleister in Anspruch nehmen;
2. die Verpflichtungen des Nutznießers bzw. seiner Rechtsnachfolger, wenn das gegebenenfalls bezuschusste oder zur Verfügung gestellte Material nicht mehr von ihm persönlich genutzt wird;
3. die weiteren Verpflichtungen des Nutznießers, die mit der Gewährung einer Beihilfe, eines Zuschusses oder einer materiellen Unterstützung einhergehen.

*Abschnitt 2 — Besondere Aufgaben zugunsten der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen***Art. 11 - Aufgaben**

§ 1 - Die Dienststelle nimmt folgende besondere Aufgaben zugunsten der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen wahr:

1. die sozialpädagogische Begleitung;
2. die Begleitung im Rahmen der beruflichen Integration;
3. die Gewährung von Ausbildungs- und Beschäftigungsbeihilfen;
4. die Organisation von Wohnangeboten außerhalb von Einrichtungen.

§ 2 - Die Dienststelle begleitet die Kinder und Jugendlichen mit medizinischem Rehabilitationsbedarf im Rahmen eines Case Managements.

Die Regierung bestimmt die entsprechenden Interventionskriterien.

Art. 12 - Anerkennung von Dienstleistern

Jeder Dienstleister, der im Rahmen des vorliegenden Dekrets regelmäßig eine oder mehrere der folgenden Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene anbietet, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Dienststelle anerkannt sein:

1. unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen therapeutische Angebote;
2. einrichtungsgebundene Wohnformen;
3. einrichtungsgebundene Beschäftigungsformen;
4. Unterstützungs- und Entlastungsangebote;
5. Angebote im Bereich der Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Bewusstseinsbildung, Freizeit und Bildung;
6. spezialisierte Angebote im Bereich der Personenbeförderung.

Art. 13 - Anerkennungsverfahren

Um als Dienstleister gemäß Artikel 12 anerkannt werden zu können, muss der Träger als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder von einer untergeordneten Behörde abhängig sein.

Die Regierung bestimmt:

1. die weiteren Anerkennungsbedingungen und Verpflichtungen;
2. die eventuellen Formen der Anerkennung;
3. die Kriterien und das Verfahren, nach denen die Dienststelle die Anerkennung gewährt, verweigert, aussetzt oder entzieht;
4. die Dauer der Anerkennung, die mindestens ein Jahr und höchstens zehn Jahre betragen darf.

Art. 14 - Bezuschussung der Dienstleister

§ 1 - Die Dienststelle kann anerkannten Dienstleistern Zuschüsse gewähren, auch für Ausstattungen.

Die Regierung bestimmt:

1. die Zuschussbedingungen und Verpflichtungen, einschließlich eines eventuellen Höchstbetrags;
2. die eventuellen Formen der Bezuschussung;
3. die Kriterien und das Verfahren, nach denen die Dienststelle Zuschüsse gewähren kann.

§ 2 - Unbeschadet des Paragrafen 1 kann die Bezuschussung im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Dienststelle und dem Dienstleister erfolgen.

Die Regierung bestimmt die entsprechenden Rahmenbedingungen.

*Abschnitt 3 — Besondere Aufgaben zugunsten der Senioren***Art. 15 - Beratungsbescheinigung**

§ 1 - Die Dienststelle händigt dem Senior nach der in Abschnitt 1 erwähnten Beratung und Erstellung eines Unterstützungsplans eine entsprechende Bescheinigung aus.

Beabsichtigt der Senior, stationäre Angebote der Alten- und Pflegewohnheime oder Leistungen der Familien- und Seniorenhilfe in Anspruch zu nehmen, reicht er diese Bescheinigung bei dem Dienstleister zum Zeitpunkt seiner entsprechenden Anfrage ein.

Liegt keine Bescheinigung vor, verweist der Dienstleister vor Erbringung seiner Unterstützungsleistung den Senior an die Dienststelle zwecks Erstellung eines Unterstützungsplans.

§ 2 - In Abweichung von Paragraf 1 ist keine Bescheinigung bei dem Dienstleister einzureichen, wenn die Unterstützungsleistung weniger als einen Monat andauert oder bei einer Palliativpflege.

Wenn eine dringende Unterstützungsmaßnahme gewährt wird und deren voraussichtliche Dauer einen Monat übersteigt, informiert der Dienstleister die Dienststelle unmittelbar über die begründete Dringlichkeit. Die Dienststelle überprüft den Bedarf innerhalb eines Monats nach Beginn der Unterstützungsleistung durch den Dienstleister.

Bei einer Palliativpflege wird die Dienststelle über die erfolgten Maßnahmen informiert.

§ 3 - Mit Ausnahme der in den Artikeln 8 und 9 erwähnten Mobilitätshilfen und der in Artikel 16 erwähnten Zuweisung einer Pflegekategorie endet bei einem dauerhaften Einzug in eine stationäre Betreuung der Auftrag der Dienststelle von Rechts wegen.

Art. 16 - Zuweisung einer Pflegekategorie

Im Hinblick auf die Gewährung der entsprechenden Finanzleistung für die Träger der Alten- und Pflegewohnheime nimmt die Dienststelle die Zuweisung einer Pflegekategorie für den Senior vor, bevor dieser Leistungen stationärer Angebote der Alten- und Pflegewohnheime in Anspruch nimmt.

Die Regierung bestimmt die zur Zuweisung der Pflegekategorie zu verwendenden Bewertungskriterien und -verfahren.

Abschnitt 4 — Inspektions- und Kontrollaufgaben

Art. 17 - Inspektion und Kontrolle

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 13 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und des Artikels 19 des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe unterliegen die im vorliegenden Dekret erwähnten Dienstleister der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren können die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die mit der Aufsicht beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen eingehalten werden. Sie können:

1. alle Personen zu Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle alle durch das vorliegende Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Abzüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind, Einsicht nehmen;
4. alle Räume der Dienstleister, die nicht als Wohnung dienen, jederzeit einsehen. Diese Untersuchungen und Kontrollen dürfen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des Dienstleisters vorgenommen werden. In diesem Fall erhält der Vertreter des Dienstleisters anschließend eine unmittelbare Rückmeldung;
5. die Wohnungen mit vorheriger Anmeldung, mit dem Einverständnis aller volljährigen Bewohner einsehen. Den Bewohnern wird das Recht eingeräumt, dabei anwesend zu sein;
6. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen.

§ 2 - Die Regierung kann darüber hinaus externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung eines Dienstleisters beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in Paragraph 1 erwähnten Befugnisse.

§ 3 - Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Abschnitt 5 — Durchführung und weitere Aufträge

Art. 18 - Durchführung

§ 1 - Sofern diese im vorliegenden Kapitel nicht besonders geregelt sind, kann die Regierung weitere Rahmenbedingungen, einschließlich eventueller Verfahrensbestimmungen, für die Durchführung der im vorliegenden Kapitel erwähnten Aufgaben festlegen.

§ 2 - Für die Durchführung der im vorliegenden Dekret festgelegten Ermächtigungen verabschiedet die Regierung die entsprechenden Bestimmungen entweder auf Vorschlag des Verwaltungsrats oder nach Unterbreitung der Vorentwürfe zwecks Begutachtung durch diesen.

Art. 19 - Weitere Aufträge

Die Regierung kann die Dienststelle damit beauftragen, zusätzliche Aufträge auszuführen, insofern diese den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Dienststelle betreffen und sich auf die im Rahmen der in Artikel 3 festgelegten Nutznießer beziehen.

Kapitel 4 — Verwaltung der Dienststelle

Abschnitt 1 — Verwaltungsrat

Art. 20 - Zusammensetzung

Der Verwaltungsrat der Dienststelle setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. einem Vorsitzenden, unbeschadet des Artikels 23 Absatz 2;
2. zwei Vertretern der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
3. zwei Vertretern der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. zwei Vertretern der Krankenkassen;
5. zwei Fachleuten aus dem Zuständigkeitsbereich der Dienststelle, wovon jeweils eine Person aus den in Kapitel 3 Abschnitt 2 bzw. Abschnitt 3 festgelegten Aufgabenbereichen.

Dem Verwaltungsrat gehören mit beratender Stimme an:

1. zwei von der Regierung bestimmte Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. der geschäftsführende Direktor der Dienststelle, es sei denn, der Verwaltungsrat trifft für eine bestimmte Sitzung eine anderslautende Entscheidung;
3. ein Vertreter jeder Dienstleisterkonferenz;
4. zwei Vertreter der Zivilgesellschaft.

Der Verwaltungsrat kann punktuell Experten mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen hinzuziehen.

Art. 21 - Bestellung der Mitglieder

§ 1 - Die Regierung bestellt:

1. den Vorsitzenden des Verwaltungsrats;
2. die in Artikel 20 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
3. die in Artikel 20 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4. die in Artikel 20 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der Krankenkassen;
5. die in Artikel 20 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Mitglieder;
6. die in Artikel 20 Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag jeder gemäß Artikel 31 eingesetzten Dienstleisterkonferenz;
7. die in Artikel 20 Absatz 2 Nummer 4 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der in Artikel 35 erwähnten Vereinigungen.

Von den in Artikel 20 Absatz 1 Nummern 2 bis 5 angeführten Mitgliedern dürfen nicht mehr als zwei Drittel gleichen Geschlechts sein.

§ 2 - Die Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrats ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalparlaments oder einer Regierung. Zudem darf ein Mitglied des Verwaltungsrats nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied der Dienststelle sein, unbeschadet des Artikels 20 Absatz 2 Nummer 2.

Ein stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrats darf weder in den Entscheidungs- oder Aufsichtsgremien der vom vorliegenden Dekret betroffenen Dienstleister tagen noch Personalmitglied eines dieser Dienstleister sein.

Art. 22 - Mandatsdauer

Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Ihr Mandat kann erneuert werden.

Das Mandat der Mitglieder des Verwaltungsrats endet mit dem Ableben, dem freiwilligen Rücktritt, dem Entzug der bürgerlichen oder politischen Rechte, dem Verlust des Mandats der vorschlagsberechtigten Vereinigungen, Einrichtungen oder Dienste bzw. entsprechender Gruppierungen oder wenn eine der in Artikel 21 § 2 vorgesehenen Unvereinbarkeiten eintritt.

Ein Mitglied, das vor Ablauf seines Mandates aus dem Verwaltungsrat ausscheidet, wird innerhalb von drei Monaten ersetzt. Das neue Mitglied beendet das Mandat seines Vorgängers.

Art. 23 - Beschlussfassung

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender oder vertretender stimmberechtigter Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, wobei der Vorsitzende nur bei Stimmengleichheit stimmberechtigt ist. In diesem Fall ist seine Stimme ausschlaggebend.

Art. 24 - Aufgaben

§ 1 - Der Verwaltungsrat verfügt über alle Befugnisse, die zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung sowie zur Organisation und Verwaltung der Dienststelle erforderlich sind. Er sorgt für das Vorhandensein eines Beschwerdemanagements.

Er kann dem geschäftsführenden Direktor oder anderen Personalmitgliedern der Dienststelle in seiner Geschäftsordnung Entscheidungsbefugnisse übertragen.

§ 2 - Die Regierung holt zu jedem Dekret- oder Erlassentwurf bezüglich der Aufgaben der Dienststelle das Gutachten des Verwaltungsrats ein. Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, sein Gutachten innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung abzugeben, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

§ 3 - Der Verwaltungsrat übt die Befugnisse eines Hohen Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben aus.

Art. 25 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsrat erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

Abschnitt 2 — Beratendes Fachgremium

Art. 26 - Schaffung

Es wird bei der Dienststelle ein beratendes Fachgremium geschaffen.

Das beratende Fachgremium ist unabhängig und pluridisziplinär besetzt und gemäß den in Artikel 29 beschriebenen Aufgaben beratend und gutachterlich tätig. Seine Arbeiten nimmt das Gremium unter Berücksichtigung des ganzheitlichen Ansatzes wahr.

Art. 27 - Zusammensetzung

Das beratende Fachgremium setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. zwei Mitgliedern des Verwaltungsrats;
2. je zwei Mitgliedern der eingesetzten Dienstleisterkonferenzen;
3. einer Fachperson aus dem Bereich der Beschäftigung;
4. einer Fachperson aus dem Bereich der Bildung;
5. einer Fachperson aus dem Bereich der Gesundheit;
6. einer Fachperson aus dem Bereich des Wohnens;
7. einer Fachperson aus dem Bereich der Langzeitpflege;
8. einer Fachperson aus dem Bereich der Bioethik;
9. einer Fachperson aus dem Bereich der Rehabilitation;
10. einer Fachperson aus dem Bereich der sozial-beruflichen Integration.

Der geschäftsführende Direktor sowie die von ihm bestimmten Personalmitglieder der Dienststelle können den Sitzungen des beratenden Fachgremiums mit beratender Stimme beiwohnen.

Art. 28 - Bestellung der Mitglieder

Die Regierung bestellt die Mitglieder des beratenden Fachgremiums sowie, aus diesen Mitgliedern, den Vorsitzenden des Gremiums.

Sie können auf ihren Antrag hin, der an den Verwaltungsrat zu richten ist, zu jeder Zeit ihr Mandat abgeben.

Die Regierung beendet das Mandat eines Mitglieds:

1. wenn das Mitglied sechs aufeinanderfolgenden Sitzungen des beratenden Fachgremiums fernbleibt oder wenn das Mitglied an drei aufeinanderfolgenden Sitzungen unentschuldigt fehlt;
2. bei Missachtung des vorliegenden Dekrets oder dessen Ausführungsbestimmungen.

Ein Mitglied, das vor Ablauf seines Mandates aus dem beratenden Fachgremium ausscheidet, wird innerhalb von drei Monaten ersetzt.

Art. 29 - Aufgaben

Das beratende Fachgremium nimmt auf Anfrage des Verwaltungsrats oder des geschäftsführenden Direktors folgende Aufgaben wahr:

1. Gutachten zu Situationen abgeben, in denen im Dienstleistungsnetzwerk des Zuständigkeitsbereichs der Dienststelle Lücken auftauchen oder neue Bedarfe von spezifischen Zielgruppen festgestellt werden;
2. Gutachten zu vorgeschlagenen neuen Projekten und Unterstützungsleistungen im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle abgeben;
3. Gutachten zu deontologischen Fragen im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle abgeben;
4. Gutachten in komplexen Einzelakten abgeben;
5. im Rahmen des Beschwerdemanagements tätig werden;
6. unbeschadet des Artikels 17 im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Verfahrensregeln Aufträge zur Überprüfung der Dienstleister und ihrer Unterstützungsleistungen durchführen;
7. außerordentliche gutachterliche Tätigkeiten wahrnehmen.

Art. 30 - Geschäftsordnung

Die in Artikel 25 erwähnte Geschäftsordnung des Verwaltungsrats regelt insbesondere folgende Aspekte:

1. die Einberufung des Fachgremiums;
2. das Verfahren zur Beschlussfassung im Fachgremium;
3. die Protokollführung;
4. den Tagungsort;
5. das Verfahren zum punktuellen Hinzuziehen von Experten.

*Abschnitt 3 — Dienstleisterkonferenzen***Art. 31 - Einsetzung**

Der Verwaltungsrat setzt zur Gewährleistung des Informationsaustausches und der Netzwerkarbeit zwischen den beteiligten Dienstleistern mindestens zwei Dienstleisterkonferenzen ein, wovon jeweils eine Dienstleisterkonferenz aus den in Kapitel 3 Abschnitt 2 bzw. Abschnitt 3 festgelegten Aufgabenbereichen.

Die Dienstleister sind Mitglied mindestens einer solchen Konferenz.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Einsetzung, die Funktionsweise und die Aufgaben der Dienstleisterkonferenzen.

*Abschnitt 4 — Geschäftsführender Direktor und Personal***Art. 32 - Ernennung**

Die Regierung ernennt den geschäftsführenden Direktor der Dienststelle und legt sein Statut fest.

Art. 33 - Aufgaben

Der geschäftsführende Direktor führt die Beschlüsse des Verwaltungsrats aus. Er leitet das Personal und sorgt im Rahmen der ihm durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats erteilten Vollmachten für die tägliche Verwaltung der Dienststelle.

Der geschäftsführende Direktor bereitet die Versammlungen des Verwaltungsrats vor, erteilt diesem alle Auskünfte und unterbreitet ihm alle Vorschläge, die für das Funktionieren der Dienststelle von Nutzen sind.

Der geschäftsführende Direktor vertritt die Dienststelle in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten. Mit dem Einverständnis des Verwaltungsrats kann er einem oder mehreren Personalmitgliedern Teile seiner Befugnisse übertragen.

Bei begründeter Dringlichkeit und innerhalb der durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats festgelegten Grenzen übt der geschäftsführende Direktor die Befugnisse des Verwaltungsrats aus. Er erstattet dem Verwaltungsrat bei dessen nächstfolgender Sitzung darüber Bericht.

Art. 34 - Pension

Die Beamten der Dienststelle, einschließlich des geschäftsführenden Direktors, unterliegen dem Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten.

*Kapitel 5 — Teilhabe der Zivilgesellschaft***Art. 35 - Strukturelle Beteiligung**

Die Regierung kann gemäß den Modalitäten, die sie festlegt, zur Gewährleistung der Teilhabe der Zivilgesellschaft am nicht personenbezogenen Entscheidungsfindungsprozess die strukturelle Beteiligung der Vereinigungen im Zuständigkeitsbereich der Dienststelle beschließen.

Die Regierung oder die Dienststelle können für Initiativen oder Projekte das Gutachten der Vereinigungen einholen. Die Vereinigungen geben ihr Gutachten innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung ab, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

Das schriftliche Gutachten kann durch einen protokollierten Dialog in unterschiedlichen Formen zwischen den Vereinigungen und dem Antragsteller ersetzt werden.

Die Vereinigungen können aus eigener Initiative Gutachten an das Parlament, die Regierung oder die Dienststelle richten.

*Kapitel 6 — Elektronische Kommunikation***Art. 36 - Grundsatz der elektronischen Kommunikation**

§ 1 - Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten kann die Dienststelle mit einem Nutznießer elektronisch kommunizieren, wenn dieser vorab ausdrücklich seine Zustimmung erteilt hat.

Der Nutznießer kann diese Zustimmung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen.

§ 2 - Die Dienststelle kann die Dienstleister verpflichten, elektronisch mit ihr zu kommunizieren.

Art. 37 - Rechtsfolgen

§ 1 - Die sowohl ein- als auch beidseitige elektronische Kommunikation zwischen der Dienststelle und einem Nutznießer besitzt die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft wie über den Briefpostweg übermittelte Mitteilungen, wenn der Nutznießer vorab ausdrücklich seine Zustimmung erteilt hat.

Die Dienststelle informiert den Nutznießer im Vorfeld ausführlich über eventuelle Verfahrensschritte und über die rechtlichen Folgen dieser Zustimmung.

Der Nutznießer kann diese Zustimmung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen.

§ 2 - Die sowohl ein- als auch beidseitige elektronische Kommunikation zwischen der Dienststelle und einem Dienstleister besitzt die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft wie über den Briefpostweg übermittelte Mitteilungen.

Art. 38 - Sicherheit

Die Dienststelle trifft unter Berücksichtigung des Inhalts, des Ziels und der Natur der elektronischen Kommunikation alle erforderlichen Maßnahmen, um:

1. die Sicherheit der elektronischen Kommunikation zu gewährleisten;
2. die Vertraulichkeit, Authentizität und Vollständigkeit der ausgetauschten Daten zu garantieren;
3. den Nachweis des Datenverkehrs zu sichern.

Art. 39 - Einschränkungen und technische Erfordernisse

Die Dienststelle kann zur Vereinfachung des Datenverkehrs Einschränkungen und technische Erfordernisse festlegen.

Art. 40 - Weitere Vorgaben

Die Regierung kann die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels präzisieren sowie weitere Vorgaben in Bezug auf die elektronische Kommunikation festlegen.

Kapitel 7 — *Vertraulichkeit und Datenschutz*

Art. 41 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Dienstleister und anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 42 - Verpflichtung zur Zusammenarbeit

Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel aufgeführten Bestimmungen sind die in Ausführung des vorliegenden Dekrets mit der Bearbeitung einer Nutznießerakte beauftragten Beschäftigten der Dienststelle dazu verpflichtet, mit den Personen zusammenzuarbeiten, die ebenfalls im Rahmen einer Begleitartbeit im Interesse des Nutznießers tätig sind. Die letztgenannten Personen sind insbesondere über die bereits unternommenen Maßnahmen zu unterrichten.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenteilung zu beachten.

Art. 43 - Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 44 ist die Dienststelle verantwortlich für die in vorliegendem Kapitel erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 1 § 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

§ 2 - Die Dienststelle erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge, insbesondere was die in Kapitel 3 aufgeführten Aufgaben betrifft. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

§ 3 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Art. 44 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt, die in der Dienststelle beschäftigt ist.

Die Erhebung und Verarbeitung von Daten zur Gesundheit erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten und unter Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht.

Art. 45 - Datenkategorien

Die Dienststelle und die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können alle gemäß Artikel 43 § 2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Nutznießers;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Stellvertreters des Nutznießers;
3. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung des Nutznießers;
4. Daten zur Familiensituation des Nutznießers;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation des Nutznießers;
6. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen des Nutznießers;
7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Nutznießers:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren;
 - f) Daten zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten;
8. besonders schützenswerte Daten des Nutznießers, angeführt in Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten;
9. gerichtliche Daten in Bezug auf den Nutznießer.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien sowie die in Artikel 47 erwähnte Dauer der Datenverarbeitung.

Art. 46 - Bevorzugter Rückgriff auf anonyme Daten

Die in den Artikeln 6 und 17 erwähnten Aufgaben werden grundsätzlich bevorzugt unter Rückgriff auf anonyme Daten ausgeführt.

Können anhand dieser Daten die erwähnten Aufgaben nicht umfassend ausgeführt werden, ist der Rückgriff auf personenbezogene Daten gestattet.

Art. 47 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Kapitel 8 — *Finanzielle Bestimmungen***Art. 48 - Finanzmittel der Dienststelle**

Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügt die Dienststelle über die zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel. Die Dienststelle darf Schenkungen und Legate annehmen und jede andere Einnahme erhalten.

Die im vorliegenden Dekret aufgeführten Leistungen der Dienststelle werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erbracht.

Art. 49 - Entschädigungen

Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen fest, die den Mitgliedern des Verwaltungsrats, den Experten sowie den Mitgliedern des beratenden Fachgremiums gewährt werden.

Art. 50 - Rückforderungen

Wenn eine Zahlungsverpflichtung von Dritten besteht, kann die Dienststelle die von ihr berechneten tatsächlichen Kosten der Unterstützungsmaßnahme sowohl bei dem Nutznießer nach Zahlung des geschuldeten Betrages durch den Dritten als auch unmittelbar bei dem Drittzahler durch das Eintreten in die Rechte des Nutznießers einfordern. Vereinbarungen bezüglich der Schadensregelung, die zwischen dem Nutznießer und dem Drittzahler abgeschlossen werden, sind der Dienststelle nicht entgegenzuhalten.

Kapitel 9 — *Schlussbestimmungen***Art 51 - Abänderungsbestimmung**

In Artikel 93.24 § 1 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 52 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 98.2 § 2 Nummer 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 53 - Abänderungsbestimmung

Die Überschrift von Artikel 40 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur wird wie folgt ersetzt:

"Dienststelle für selbstbestimmtes Leben"

In Absatz 1 desselben Artikels wird die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 54 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 3 Nummer 5 des Sportdekrets vom 19. April 2004 wird die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Menschen mit einer Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 55 - Abänderungsbestimmung

Artikel 1 Nummer 1 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime wird wie folgt ersetzt:

"1. Senioren: Personen, die das gesetzliche Pensionsalter überschritten haben;"

Art. 56 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.1 eingefügt:

"Art. 9.1 - Liegt für den Nutznießer kein gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erstellter Unterstützungsplan vor, lassen die Träger von Altenwohnheimen und Alten- und Pflegeheimen vor Gewährung ihrer Dienstleistung diesen Unterstützungsplan durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erstellen.

Bei Nicht-Einhaltung der in Absatz 1 vorgesehenen Bestimmung und nachdem sie den betroffenen Träger zu einer Stellungnahme aufgefordert hat, kann die Regierung 10 % des für diesen Nutznießer pro Betreuungstag ausgezahlten Zuschusses zurückfordern.

Absatz 2 dieses Artikels tritt an einem von der Regierung zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft und spätestens am 1. Januar 2019."

Art. 57 - Abänderungsbestimmung

In der Überschrift des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird die Wortfolge "und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe" gestrichen.

Art. 58 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1 desselben Dekrets wird im einleitenden Satz die Wortfolge "und auf die in Kapitel IV beschriebene Beratungsstelle" gestrichen.

Art. 59 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012 und 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge ", teilstationären und stationären" gestrichen.

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

"2. Senioren: Nutznießer, die das gesetzliche Pensionsalter überschritten haben;"

3. Nummer 3 wird aufgehoben.

4. In Nummer 5 wird die Wortfolge ", teilstationären und stationären" gestrichen.

5. In Nummer 7 wird die Wortfolge "Familie und" gestrichen.

6. Nummer 9 wird aufgehoben.

7. Nummer 11 wird aufgehoben.

Art. 60 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "sowie die juristische Person, die die Beratungsstelle betreibt," gestrichen.

Art. 61 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 6 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "oder der Beratungsstelle" gestrichen.

Art. 62 - Abänderungsbestimmung

Artikel 7 § 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012, 25. Februar 2013 und 24. Februar 2014, wird aufgehoben.

Art. 63 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.1 eingefügt:

"Art. 9.1 - Unterstützungsplan für den Nutznießer

Liegt für den Nutznießer kein gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erstellter Unterstützungsplan vor, lassen die Dienste der häuslichen Hilfe vor Gewährung ihrer Dienstleistung diesen Unterstützungsplan durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erstellen.

Bei Nicht-Einhaltung der in Absatz 1 vorgesehenen Bestimmung und nachdem sie den betroffenen Dienst zu einer Stellungnahme aufgefordert hat, kann die Regierung 10 % der für diesen Nutznießer gemäß Artikel 10 § 2 ausgezahlten Stundenpauschale zurückfordern."

Art. 64 - Abänderungsbestimmung

Kapitel IV desselben Dekrets, das die Artikel 11 bis 15 umfasst, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012 und 25. Februar 2013, wird aufgehoben.

Art. 65 - Abänderungsbestimmung

Artikel 17 Absatz 2 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 66 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 18 Absatz 1 desselben Dekrets werden die Wortfolgen "oder über die Beratungsstelle" und "oder der Beratungsstelle" gestrichen.

Art. 67 - Abänderungsbestimmung

Artikel 19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "und die Beratungsstelle" gestrichen.
2. In Paragraph 1 Absatz 3 Nummer 1 wird die Wortfolge "oder der Beratungsstelle" jeweils gestrichen.
3. In Paragraph 1 Absatz 3 Nummer 4 wird die Wortfolge "oder der Beratungsstelle" jeweils gestrichen.
4. In Paragraph 2 wird die Wortfolge "und die Beratungsstelle" gestrichen.

Art. 68 - Abänderungsbestimmung

Artikel 20 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "oder die Beratungsstelle" gestrichen.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "oder der Beratungsstelle" gestrichen.

Art. 69 - Abänderungsbestimmung

Artikel 21 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "oder die Beratungsstelle" gestrichen.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "oder des Betriebs der Beratungsstelle" gestrichen.
3. In Absatz 4 wird die Wortfolge "oder der Beratungsstelle" gestrichen.

Art. 70 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 22 Nummer 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird die Wortfolge "oder Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe" gestrichen.

Art. 71 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 23 desselben Dekrets werden die Absätze 2 und 3, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, aufgehoben.

Art. 72 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 24 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation eines Teilzeit-Kunstunterrichts, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 73 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 6 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 74 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 7 § 1 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Dienststelle für Personen mit Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 75 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 87 § 2 Nummer 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung" durch die Wortfolge "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" ersetzt.

Art. 76 - Aufhebungsbestimmung

Das Dekret vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird aufgehoben.

Art. 77 - Übergangsbestimmung

§ 1 - Die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben nimmt die Nachfolge der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung wahr. Sie übernimmt die entsprechenden Rechte, Pflichten, Güter und Lasten.

§ 2 - Die Personalmitglieder der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, die sich zum Zeitpunkt der Übernahme in einem Dienstverhältnis mit dieser befinden, gelten von Amtes wegen als Personalmitglieder der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Die Personalmitglieder werden mit ihrem Dienstgrad oder mit einem gleichwertigen Dienstgrad und in ihrer jeweiligen Eigenschaft übertragen.

Sie behalten mindestens die Besoldung und das Dienstalter, das sie hatten oder erhalten hätten, wenn sie das Amt, das sie zum Zeitpunkt der Übertragung innehatten, weiterhin in ihrer ursprünglichen Dienststelle ausgeübt hätten.

§ 3 - Die Personalmitglieder der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, die gemäß dem Dekret vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe als Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe anerkannt wurde, die sich zum Zeitpunkt der Übernahme in einem Beschäftigungsverhältnis mit dieser befinden, werden auf entsprechende Anfrage hin bei der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben unter Vertrag eingestellt.

Unbeschadet der aufgrund von Artikel 102 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Regierung festgelegten dienstrechtlichen Bestimmungen behalten sie in diesem Fall mindestens das Besoldungspaket, das sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets hatten.

Art. 78 - Übergangsbestimmung

Die aufgrund von Artikel 30 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets anerkannten Einrichtungen oder Vereinigungen gelten für die Anwendung des Artikels 12 als von der Dienststelle anerkannt.

Art. 79 - Übergangsbestimmung

Auf die vor dem 1. April 2009 erbrachten Unterstützungsmaßnahmen finden die in Artikel 15 enthaltenen Bestimmungen keine Anwendung.

Art. 80 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2017 in Kraft, mit Ausnahme:

- der Artikel 8 und 9, insofern sie die Mobilitätshilfen betreffen, so wie diese in den Artikeln 34 Absatz 1 Nummer 4, 35 § 1 und 42 bis 45 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung sowie in Artikel 28 § 8 der Anlage zum Königlichen Erlass vom 14. September 1984 zur Festlegung des Verzeichnisses der Gesundheitsleistungen für die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung und in den Artikeln 51ter, 85 und 294 des Königlichen Erlasses vom 3. Juli 1996 zur Ausführung des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung definiert sind, die am 1. Juli 2017 in Kraft treten;

- von Artikel 16, der an einem durch die Regierung zu bestimmenden Datum in Kraft tritt und spätestens am 1. Januar 2019.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 13. Dezember 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2016-2017

Nummerierte Dokumente: 148 (2016-2017) Nr. 1 Dekretentwurf

148 (2016-2017) Nrn. 2+3 Abänderungsvorschläge

148 (2016-2017) Nr. 4 Bericht

Ausführlicher Bericht: 13. Dezember 2016 - Nr. 34 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/200237]

13 DECEMBRE 2016. — Décret portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Chapitre 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}** - Champ d'application

Le présent décret s'applique à l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, aux prestataires ainsi qu'à toutes les personnes qui sollicitent ses mesures de soutien au titre de bénéficiaire.

Art. 2 - Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 - Définitions

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1^o vie autodéterminée : l'organisation de son quotidien en ayant recours aux conseils, à l'accompagnement et au soutien nécessaires lorsque le bénéficiaire concerné en a besoin ou le souhaite;

2^o liberté de choix : la liberté du bénéficiaire d'opter pour une possibilité de manière autonome;

3^o bénéficiaires : les personnes physiques suivantes :

a) les enfants et les jeunes : les personnes âgées de 0 à 21 ans qui présentent des incapacités physiques, mentales, intellectuelles ou sensorielles durables dont l'interaction avec diverses barrières peut faire obstacle à leur pleine et effective participation à la société sur un pied d'égalité;

b) les adultes : les personnes âgées de 21 ans à l'âge légal de la retraite qui présentent des incapacités physiques, mentales, intellectuelles ou sensorielles durables dont l'interaction avec diverses barrières peut faire obstacle à leur pleine et effective participation à la société sur un pied d'égalité;

c) les personnes âgées : les personnes qui ont dépassé l'âge légal de la retraite;

d) les soignants proches : les personnes proches d'une personne mentionnée aux a), b) ou c) et qui s'en occupent dans un cadre non professionnel, qu'elles soient ou non dédommagées pour le faire. Les aidants proches mentionnés dans la loi du 12 mai 2014 relative à la reconnaissance de l'aidant proche aidant une personne en situation de grande dépendance sont aussi considérés comme soignants proches;

4^o représentant : une des personnes physiques suivantes :

a) le représentant légal ou judiciaire du bénéficiaire;

b) le mandataire désigné par le bénéficiaire par le biais d'un acte notarié, à l'exception des personnes qui sont occupées auprès d'un prestataire auquel fait appel le bénéficiaire;

5^o prestataires : les services et établissements qui fournissent les prestations de soutien auprès des bénéficiaires;

6^o aménagements raisonnables : les aménagements raisonnables mentionnés à l'article 3, 9^o, du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination;

7^o accessibilité : le fait que le bénéficiaire puisse trouver les domaines de vie organisés, y accéder et les utiliser;

8^o détection des besoins : l'évaluation et la clarification des mesures de soutien nécessaires, que ce soit au niveau des soins, au niveau social, sociopédagogique ou ménager, au niveau de la nécessité d'aides et d'aménagement de l'habitation, le cas échéant, au niveau de l'intégration professionnelle, des aides financières et administratives, ainsi que d'autres besoins du bénéficiaire. Les ressources et capacités du bénéficiaire ainsi que de son environnement social sont prises en considération;

9^o gestion de cas : la procédure pour organiser, avec le bénéficiaire, l'aide, l'encadrement, la promotion et l'approvisionnement nécessaires, et ce, en répondant aux besoins de manière adéquate. La mission consiste à planifier, organiser et évaluer avec le bénéficiaire un système ciblé de coopération qui tient compte des besoins d'aide concrets du bénéficiaire;

10^o plan de soutien : l'offre de soutien qui, en impliquant le bénéficiaire, est établie sur la base d'une évaluation individuelle des besoins en tant que recommandation pour les mesures de soutien demandées par le bénéficiaire;

11^o Office : l'Office pour une vie autodéterminée;

12^o Convention de l'ONU : la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées et son protocole facultatif, faits à New-York le 13 décembre 2006.

Art. 4 - Représentant

Dans les limites des prescriptions légales, le représentant du bénéficiaire peut exercer tous les droits et devoirs de celui-ci mentionnés dans le présent décret et ses arrêtés d'exécution, et ce, en son nom et pour son compte. Ce faisant, il agit exclusivement dans l'intérêt du bénéficiaire.

Chapitre 2. — *Création de l'Office***Art. 5** - Création

Il est créé un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

L'Office possède la personnalité juridique d'un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Il est soumis aux dispositions de ce décret.

L'Office a son siège à Saint-Vith.

Chapitre 3. — *Vie autodéterminée et missions de l'Office*Section 1^{re}. — Missions et dispositions générales**Art. 6.** - Missions générales

L'Office assure les missions générales suivantes :

1° informer de manière générale la population sur les mesures de soutien et offres existantes qui sont du ressort de l'Office, et ce, par la sensibilisation, les relations publiques et la diffusion de documentation;

2° de sa propre initiative ou à la demande du Parlement ou du Gouvernement, observer les évolutions dans le ressort de l'Office;

3° de sa propre initiative ou à la demande du Parlement ou du Gouvernement, élaborer des propositions ou recommandations en vue d'adapter l'offre aux conditions cadres correspondantes. À la demande d'autres autorités, l'Office peut aussi élaborer des propositions ou recommandations en vue d'adapter l'offre aux conditions cadres correspondantes;

4° promouvoir et encadrer l'échange d'informations et le travail en réseau entre les prestataires qui sont du ressort de l'Office;

5° mener ou mandater des études et enquêtes;

6° promouvoir la formation continue des personnes occupées dans le ressort de l'Office;

7° en tant que point de contact (point focal) de la Communauté germanophone pour la Convention de l'ONU :

a) assurer la coordination générale de la mise en œuvre de la Convention de l'ONU en Communauté germanophone;

b) établir un plan d'action transversal en vue de la mise en œuvre de la Convention de l'ONU en Communauté germanophone, plan soumis au Parlement après approbation du Gouvernement;

c) en tant qu'organisme spécialisé, assurer la coordination de la mise en œuvre de la Convention de l'ONU et des mesures prévues dans le plan d'action;

d) assurer l'information et la sensibilisation en ce qui concerne la Convention de l'ONU, des concepts et développements novateurs dans le secteur ainsi que sur les mesures et processus mis en place en Communauté germanophone;

e) faire rapport sur la mise en œuvre de la Convention de l'ONU;

f) se concerter avec les organismes compétents aux niveaux national et international;

8° conseiller et sensibiliser à propos de l'accessibilité;

9° sur ordre du Gouvernement, assurer la représentation de la Communauté germanophone au sein d'organes belges, européens ou internationaux et conclure des conventions de coopération avec les autorités et organismes en Belgique et à l'étranger.

Art. 7. - Conseils prodigués aux bénéficiaires

L'Office assure, en faveur des bénéficiaires, les tâches de conseil suivantes :

1° informer, orienter et conseiller de manière personnalisée le bénéficiaire quant aux mesures de soutien existant en Communauté germanophone et du ressort de l'Office;

2° analyser les besoins individuels du bénéficiaire en collaboration avec lui. Pour ce, l'Office tient compte des souhaits et besoins du bénéficiaire ainsi que de sa liberté de choix. Si le bénéficiaire le souhaite, d'autres personnes peuvent participer à l'analyse des besoins. En règle générale, l'analyse des besoins se déroule dans l'habitation du bénéficiaire ou sur son lieu de formation ou de travail;

3° établir, en accord avec le bénéficiaire, un plan de soutien individuel et orienté sur son milieu de vie. Dans ce plan de soutien sont repris les résultats de l'analyse des besoins et les mesures de soutien recommandées mises en place en fonction de cette dernière. Le plan de soutien est établi de concert avec les prestataires, en tenant compte des capacités propres et de leurs réserves de capacité disponibles;

4° coordonner les mesures du plan de soutien, si besoin est et dans la mesure où le bénéficiaire est d'accord avec le plan de soutien élaboré. S'il est dérogé au plan de soutien ou si celui-ci est rejeté, l'Office soutient le bénéficiaire dans la mise en œuvre des mesures de soutien qu'il a choisies, et ce, dans le cadre des capacités disponibles des prestataires;

5° simuler la participation personnelle pour les soutiens prévus dans le plan et informer le bénéficiaire sur les éventuelles aides financières et administratives;

6° prodiguer des conseils spécialisés et personnalisés au bénéficiaire tout au long de la prestation de soutien et coordonner les mesures en fonction des besoins tout en tenant compte de son milieu de vie. Pour vérifier si les mesures sont toujours adaptées, le plan de soutien est vérifié avec le bénéficiaire et les prestataires concernés :

a) pour les enfants, les jeunes et les adultes : à la demande du bénéficiaire ou sur la proposition de l'Office;

b) pour les personnes âgées : au moins tous les six mois.

Les bénéficiaires et les prestataires concernés informent aussi l'Office en cas de modification des besoins;

7° prodiguer des conseils au bénéficiaire en ce qui concerne la prévention de la violence et le soutenir lorsqu'il est victime de tels actes.

Le Gouvernement détermine les conditions à respecter pour solliciter l'analyse des besoins et l'établissement du plan de soutien, ainsi que les critères et procédures d'évaluation à utiliser pour estimer les besoins.

Art. 8. - Aides et subsides en faveur des bénéficiaires

L'Office peut octroyer aux bénéficiaires des aides financières et/ou des subsides pour des mesures individuelles d'aide et d'adaptation visant la mise en œuvre d'aménagements raisonnables, y compris pour des aides à la mobilité.

Le Gouvernement détermine :

1° les conditions mises à l'octroi d'une aide ou d'un subside, y compris un plafond éventuel;

2° les formes que prennent éventuellement les aides et subsides;

3° les critères et la procédure selon lesquels l'Office peut octroyer des aides et subsides.

Art. 9. - Soutien matériel en faveur des bénéficiaires

L'Office peut octroyer aux bénéficiaires des aides matérielles pour des mesures individuelles d'aide et d'adaptation visant la mise en œuvre d'aménagements raisonnables, y compris pour des aides à la mobilité, et ce, sous forme de prêts.

Art. 10. - Obligations des bénéficiaires

Le Gouvernement détermine :

1° sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le montant et les modalités de fixation de la participation personnelle à charge des bénéficiaires qui font appel aux prestations de soutien fournies par l'Office ou les prestataires;

2° les obligations du bénéficiaire ou, selon le cas, de ses ayants droit, lorsque le matériel éventuellement subsidié ou mis à disposition n'est plus utilisé par lui personnellement;

3° les autres obligations du bénéficiaire liées à l'octroi d'une allocation, d'un subside ou d'un soutien matériel.

*Section 2. — Missions spécifiques en faveur des enfants, des jeunes et des adultes***Art. 11. - Missions**

§ 1^{er} - L'Office exerce, en faveur des enfants, des jeunes et des adultes, les missions spécifiques suivantes :

1° l'encadrement sociopédagogique;

2° l'accompagnement dans le cadre de l'intégration professionnelle;

3° l'octroi d'allocations de formation et d'aides à l'emploi;

4° l'organisation d'offres de logement en dehors d'institutions.

§ 2 - L'Office encadre les enfants et les jeunes nécessitant une revalidation médicale dans le cadre d'une gestion de cas.

Le Gouvernement détermine les critères d'intervention correspondants.

Art. 12. - Agrément de prestataires

Chaque prestataire qui, dans le cadre du présent décret, propose régulièrement une ou plusieurs des mesures de soutien suivantes pour des enfants, des jeunes ou des adultes doit être agréé par l'Office avant d'entamer l'activité :

1° des offres thérapeutiques, sans préjudice des dispositions légales ou décrétales contraires;

2° des formes de logement en institution;

3° des formes d'emploi en institution;

4° des offres de soutien ou de répit;

5° des offres en matière d'entraide, d'autodétermination, de conscientisation, de loisirs et de formation;

6° des offres spécialisées en matière de transport de personnes.

Art. 13. - Procédure d'agrément

Pour pouvoir être agréé en tant que prestataire conformément à l'article 12, le pouvoir organisateur doit être constitué sous la forme d'une association sans but lucratif ou dépendre d'un pouvoir subordonné.

Le Gouvernement détermine :

1° les autres conditions d'agrément et obligations;

2° les éventuelles formes d'agrément;

3° les critères et la procédure selon lesquels l'Office octroie, refuse, suspend ou retire l'agrément;

4° la durée de l'agrément, qui ne peut être inférieure à un an ni supérieure à dix ans.

Art. 14 - Subventionnement des prestataires

§ 1^{er} - L'Office peut accorder des subsides à des prestataires agréés, y compris pour des équipements.

Le Gouvernement détermine :

1° les conditions de subventionnement et les obligations, y compris un éventuel plafond;

2° les éventuelles formes de subventionnement;

3° les critères et la procédure selon lesquels l'Office peut octroyer des subsides.

§ 2 - Sans préjudice du § 1^{er}, le subventionnement peut s'opérer dans le cadre d'une convention conclue entre l'Office et le prestataire.

Le Gouvernement détermine les conditions-cadres correspondantes.

*Section 3. — Missions spécifiques en faveur des personnes âgées***Art. 15. - Attestation de consultation**

§ 1^{er} - À l'issue de la consultation et de l'établissement d'un plan de soutien, mentionnés à la section 1^{re}, l'Office délivre une attestation à la personne âgée.

Si la personne âgée souhaite bénéficier d'offres résidentielles proposées par des maisons de repos et de soins ou de prestations fournies par des aides familiales et séniors, elle introduit cette attestation auprès du prestataire en même temps que sa demande.

S'il n'y a pas d'attestation, le prestataire redirige - avant que la prestation ne soit fournie - la personne âgée vers l'Office en vue de l'établissement d'un plan de soutien.

§ 2 - Par dérogation au § 1^{er}, il ne faut pas introduire d'attestation auprès du prestataire lorsque la prestation de soutien dure moins d'un mois ou en cas de soins palliatifs.

Lorsqu'une mesure de soutien urgente est accordée et qu'elle est supposée durer plus d'un mois, le prestataire informe immédiatement l'Office de l'urgence motivée. L'Office vérifie les besoins dans le mois suivant le début de la prestation d'aide par le prestataire.

En cas de soins palliatifs, l'Office est informé des mesures appliquées.

§ 3 - À l'exception des aides à la mobilité mentionnées aux articles 8 et 9 et du classement dans une catégorie de soins mentionné à l'article 16, la mission de l'Office se termine de plein droit en cas de passage durable à un encadrement résidentiel.

Art. 16. - Classement dans une catégorie de soins

En vue de l'octroi d'une prestation financière correspondante pour les pouvoirs organisateurs de maisons de repos et de soins, l'Office classe la personne âgée dans une catégorie de soins avant qu'elle ne sollicite des prestations résidentielles proposées par des maisons de repos et de soins.

Le Gouvernement détermine les critères et procédures d'évaluation applicables pour le classement dans une catégorie de soins.

Section 4. — Missions d'inspection et de contrôle

Art. 17. - Inspection et contrôle

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 13 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques et de l'article 19 du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile, les prestataires mentionnés dans le présent décret sont soumis à la tutelle des inspecteurs désignés par le Gouvernement. Les inspecteurs peuvent demander le soutien de représentants de la force publique pour exercer leur mission.

Les inspecteurs chargés du contrôle peuvent procéder à toutes les enquêtes, à tous les contrôles et à toutes les informations et collecter tous renseignements qu'ils estiment nécessaires pour s'assurer que les dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution sont respectées. Ils peuvent :

- 1° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile à l'exercice de la surveillance;
- 2° se faire produire sans déplacement tous les livres et documents prescrits par le présent décret et ses dispositions d'exécution et en établir des copies ou extraits;
- 3° compulsier tous les livres et documents nécessaires pour remplir leur mission;
- 4° visiter en tout temps tous les locaux des prestataires qui ne constituent pas une habitation. Les enquêtes et les contrôles peuvent être menés sans annonce préalable et sans la présence d'un représentant du prestataire. Dans ce cas, le représentant du prestataire reçoit un retour d'information immédiat;
- 5° visiter les habitations, moyennant l'accord de tous les résidents majeurs. Les résidents ont le droit d'être présents;
- 6° demander l'aide de la police locale ou fédérale dans l'exercice de leur fonction.

§ 2 - Le Gouvernement peut en outre charger des experts externes, sous la tutelle des inspecteurs, d'inspecter un prestataire et d'émettre un avis à son sujet. Dans ce cas, les experts mandatés soutiennent les inspecteurs dans l'exercice des compétences mentionnées au § 1^{er}.

§ 3 - Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés s'opère conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Section 5. — Exécution et autres missions

Art. 18. - Exécution

§ 1^{er} - Dans la mesure où celles-ci ne sont pas réglées spécifiquement dans le présent chapitre, le Gouvernement peut fixer d'autres conditions-cadres, y compris d'éventuelles dispositions procédurales pour l'exécution des missions mentionnées dans le présent chapitre.

§ 2 - Pour l'application des autorisations fixées par le présent décret, le Gouvernement adopte les dispositions correspondantes soit sur proposition du conseil d'administration, soit après présentation à ce dernier des avant-projets pour avis.

Art. 19. - Autres missions

Le Gouvernement peut charger l'Office d'exercer des missions complémentaires, pour autant que celles-ci concernent ses compétences actuelles et qu'elles se rapportent aux bénéficiaires mentionnés à l'article 3.

Chapitre 4. — *Gestion de l'Office*Section 1^{re}. — Conseil d'administration**Art. 20. - Composition**

Le conseil d'administration de l'Office se compose des membres suivants, ayant voix délibérative :

- 1° un président, sans préjudice de l'article 23, alinéa 2;
- 2° deux représentants pour les organisations représentatives des travailleurs;
- 3° deux représentants pour les organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone;
- 4° deux représentants des mutualités;
- 5° deux spécialistes du ressort de l'Office, respectivement concernés par les missions fixées au chapitre 3, sous-sections 2 et 3.

Ont voix consultative au conseil d'administration :

- 1° deux représentants du Ministère de la Communauté germanophone désignés par le Gouvernement;
- 2° le directeur délégué de l'Office, à moins que le conseil d'administration ne prenne, pour une séance déterminée, une décision contraire;
- 3° un représentant de chaque conférence des prestataires;
- 4° deux représentants de la société civile.

De manière ponctuelle, le conseil d'administration peut inviter à ses réunions des experts ayant voix consultative.

Art. 21. - Désignation des membres

§ 1^{er} - Le Gouvernement désigne :

- 1° le président du conseil d'administration;
 - 2° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 1^{er}, 2°, sur la proposition des organisations représentatives des travailleurs;
 - 3° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 1^{er}, 3°, sur la proposition des organisations interprofessionnelles des employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone;
 - 4° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 1^{er}, 4°, sur la proposition des mutualités;
 - 5° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 1^{er}, 5°;
 - 6° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 2, 3°, sur la proposition de chaque conférence des prestataires instituée conformément à l'article 31;
 - 7° les membres mentionnés à l'article 20, alinéa 2, 4°, sur la proposition des associations mentionnées à l'article 35.
- Pas plus de deux tiers des membres mentionnés à l'article 20, alinéa 1^{er}, 2° à 5°, ne peuvent être du même sexe.

§ 3 - La qualité de membre du conseil d'administration est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la chambre des représentants, du sénat, d'un parlement communautaire ou régional ou d'un gouvernement. En outre, un membre du conseil d'administration ne peut être ni gouverneur de province, ni collaborateur d'un cabinet ministériel, ni membre du personnel de l'Office, sans préjudice de l'article 20, alinéa 2, 2^o.

Un membre du conseil d'administration ayant voix délibérative ne peut ni siéger dans les organes de décision et de tutelle des prestataires concernés par le présent décret, ni être membre du personnel d'un de ces prestataires.

Art. 22. - Durée du mandat

Les membres du conseil d'administration sont désignés pour cinq ans. Leur mandat est renouvelable.

Le mandat des membres du conseil d'administration prend fin en cas de décès, de démission volontaire, de déchéance des droits civils et politiques, de la perte du mandat de l'association, de l'organisme ou du service, voire des groupements correspondants, habilités à présenter des candidats ou si l'une des incompatibilités visées à l'article 21, § 2, est constatée.

Il est pourvu dans les trois mois au remplacement de tout membre qui a cessé de faire partie du conseil d'administration avant la date normale d'expiration de son mandat. Le nouveau membre achève le mandat de son prédécesseur.

Art. 23. - Prise de décision

Le conseil d'administration ne peut délibérer valablement que si plus de la moitié des membres ayant voix délibérative sont présents ou représentés. Quel que soit le nombre de membres avec voix délibérative présents ou représentés, il peut prendre des décisions valables sur les points inscrits pour la deuxième fois à l'ordre du jour.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité absolue des suffrages exprimés, le président n'ayant le droit de vote qu'en cas de parité des voix. Dans ce cas, sa voix est prépondérante.

Art. 24. - Missions

§ 1^{er} - Le conseil d'administration dispose de toutes les compétences nécessaires à l'orientation stratégique de l'Office, à son organisation et à sa gestion. Il veille à ce qu'existe une gestion des plaintes.

Dans son règlement d'ordre intérieur, il peut déléguer des pouvoirs décisionnels au directeur délégué ou à d'autres membres du personnel de l'Office.

§ 2 - Le Gouvernement demande l'avis du conseil d'administration en ce qui concerne tout projet de décret ou d'arrêté relatif aux missions de l'Office. Le conseil d'administration a l'obligation de donner son avis dans les deux mois de la demande qui lui en est faite, sauf si un autre délai a été convenu.

§ 3 - Le conseil d'administration exerce les compétences d'un Conseil supérieur de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Art. 25. - Règlement d'ordre intérieur

Le conseil d'administration se dote d'un règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Section 2. — Organe consultatif spécialisé

Art. 26. - Création

Un organe consultatif spécialisé est créé auprès de l'Office.

L'organe consultatif spécialisé est indépendant et composé de manière pluridisciplinaire; conformément aux missions décrites à l'article 29, il prodigue des conseils et rend des avis. L'organe assume ses tâches en adoptant une approche globale.

Art. 27. - Composition

L'organe consultatif spécialisé se compose des membres suivants ayant voix délibérative :

- 1^o deux membres du conseil d'administration;
- 2^o deux membres de chacune des conférences de prestataires instituées;
- 3^o un spécialiste provenant du secteur de l'emploi;
- 4^o un spécialiste provenant du secteur de la formation;
- 5^o un spécialiste provenant du secteur de la santé;
- 6^o un spécialiste provenant du secteur du logement;
- 7^o un spécialiste provenant du secteur des soins de longue durée;
- 8^o un spécialiste provenant du secteur de la bioéthique;
- 9^o un spécialiste provenant du secteur de la revalidation;
- 10^o un spécialiste provenant du secteur de l'intégration socioprofessionnelle.

Le directeur délégué ainsi que les membres du personnel de l'Office désignés par lui peuvent assister avec voix consultative aux réunions de l'organe consultatif spécialisé.

Art. 28. - Désignation des membres

Le Gouvernement désigne les membres de l'organe consultatif spécialisé ainsi que son président parmi les membres dudit organe.

À leur demande, qui doit être adressée au conseil d'administration, ils peuvent à tout moment remettre leur mandat.

Le Gouvernement met fin au mandat d'un membre :

- 1^o si le membre n'assiste pas à six séances consécutives de l'organe consultatif spécialisé ou est absent à trois séances consécutives sans justification;
- 2^o en cas de non-respect du présent décret ou de ses dispositions d'exécution.

Il est pourvu dans les trois mois au remplacement de tout membre qui a cessé de faire partie de l'organe consultatif spécialisé avant la date normale d'expiration de son mandat.

Art. 29. - Missions

L'organe consultatif spécialisé assure à la demande du conseil d'administration ou du directeur délégué les missions suivantes :

- 1^o rendre un avis à propos de situations où des lacunes apparaissent dans le réseau des services actifs dans le ressort de l'Office ou si de nouveaux besoins sont constatés auprès de groupes cibles spécifiques;
- 2^o rendre un avis sur les nouveaux projets et prestations de soutien proposés dans le ressort de l'Office;
- 3^o rendre un avis sur des questions déontologiques dans le ressort de l'Office;
- 4^o rendre un avis dans des dossiers individuels complexes;

5° être actif dans le cadre de la gestion des plaintes;

6° sans préjudice de l'article 17, assurer des missions en vue de la surveillance des prestataires et de leurs prestations de soutien, et ce, dans le cadre des conditions et règles de procédure fixées par le Gouvernement;

7° assurer des activités d'expertise exceptionnelles.

Art. 30. - Règlement d'ordre intérieur

Le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 25 règle notamment les aspects suivants :

1° la convocation de l'organe consultatif spécialisé;

2° le processus de prise de décision au sein de l'organe consultatif spécialisé;

3° la rédaction du procès-verbal;

4° le lieu de réunion;

5° la procédure lorsqu'il est éventuellement fait appel à des experts.

Section 3. — Conférences des prestataires

Art. 31. - Institution

En vue de garantir l'échange d'informations et la mise en réseau des prestataires concernés, le conseil d'administration institue au moins deux conférences de prestataires, respectivement concernés par les missions fixées au chapitre 3, sous-sections 2 et 3.

Les prestataires sont membres d'au moins une telle conférence.

Le Gouvernement détermine la procédure d'institution, le fonctionnement et les missions des conférences de prestataires.

Section 4. — Directeur délégué et personnel

Art. 32. - Nomination

Le Gouvernement nomme le directeur délégué de l'Office et fixe son statut.

Art. 33. - Missions

Le directeur délégué exécute les décisions du conseil d'administration. Il dirige le personnel et veille à la gestion quotidienne de l'Office dans le cadre des pouvoirs qui lui sont attribués par le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration.

Le directeur délégué prépare les réunions du conseil d'administration, lui fournit toutes les informations et lui soumet toutes les propositions utiles au fonctionnement de l'Office.

Le directeur délégué représente l'Office dans les actes judiciaires et extrajudiciaires. Il peut, avec l'accord du conseil d'administration, déléguer une partie de ses pouvoirs à un ou plusieurs membres du personnel.

En cas d'urgence motivée et dans les limites fixées par le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration, le directeur en exerce les pouvoirs. Il rédige un rapport qu'il remet au conseil d'administration lors de la réunion suivante.

Art. 34. - Retraite

Les membres du personnel de l'Office, y compris le directeur délégué, sont soumis à la loi du 28 avril 1958 relative à la pension des membres du personnel de certains organismes d'intérêt public et de leurs ayants droit.

Chapitre 5. — Participation de la société civile

Art. 35. - Participation structurelle

Le Gouvernement peut, selon les modalités qu'il fixe, décider de la participation structurelle des associations du ressort de l'Office afin de garantir l'implication de la société civile au processus décisionnel ne se rapportant pas à des personnes.

Le Gouvernement ou l'Office peuvent demander l'avis des associations en ce qui concerne des initiatives ou projets. Les associations rendent leur avis dans les deux mois suivant l'introduction de la demande, sauf si un autre délai a été convenu.

L'avis écrit peut être remplacé par un dialogue entre les associations et les demandeurs, dialogue pouvant revêtir différentes formes et faisant l'objet d'un procès-verbal.

Les associations peuvent, de leur propre initiative, adresser des avis au Parlement, au Gouvernement ou à l'Office.

Chapitre 6. — Communication électronique

Art. 36. - Principe de la communication électronique

§ 1^{er} - Dans le cadre de ses compétences, l'Office peut communiquer par voie électronique avec un bénéficiaire si celui-ci a préalablement marqué son accord de manière explicite.

Le bénéficiaire peut en tout temps retirer son accord, et ce, sans justification.

§ 2 - L'Office peut obliger les prestataires à communiquer avec lui par voie électronique.

Art. 37. - Effets juridiques

§ 1^{er} - Lorsque le bénéficiaire a préalablement marqué son accord de manière explicite, la communication électronique entre l'Office et lui, qu'elle soit uni- ou bilatérale, a le même effet juridique et la même force probante que les communications transmises par la poste.

Préalablement, l'Office informe le bénéficiaire de manière détaillée sur d'éventuelles démarches administratives et sur les conséquences juridiques de cet accord.

Le bénéficiaire peut en tout temps retirer son accord, et ce, sans justification.

§ 2 - La communication électronique entre l'Office et un prestataire, qu'elle soit uni- ou bilatérale, a le même effet juridique et la même force probante que les communications transmises par la poste.

Art. 38. - Sécurité

En tenant compte du contenu, de l'objectif et de la nature de la communication électronique, l'Office prend toutes les mesures nécessaires pour :

1° assurer la sécurité de la communication électronique;

2° garantir la confidentialité, l'authenticité et la complétude des données échangées;

3° assurer la traçabilité des transferts de données.

Art. 39. - Restrictions et exigences techniques

En vue de simplifier le transfert des données, l'Office peut fixer des restrictions et des exigences techniques.

Art. 40. - Autres prescriptions

Le Gouvernement peut préciser les dispositions du présent chapitre et fixer d'autres obligations en matière de communication électronique.

Chapitre 7. — *Confidentialité et protection des données***Art. 41. - Confidentialité**

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, les prestataires et autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 42. - Obligation de coopérer

Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent chapitre, les personnes occupées par l'Office et chargées de gérer un dossier de bénéficiaire en application du présent décret sont obligées de coopérer avec les personnes qui, dans l'intérêt dudit bénéficiaire, sont également impliquées dans le cadre d'un suivi. Ces dernières doivent notamment être informées des mesures déjà entreprises.

La coopération exige le respect de la répartition des compétences et missions de chacun.

Art. 43. - Traitement des données à caractère personnel

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 44, l'Office est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionné dans le présent chapitre au sens de l'article 1^{er}, § 4, de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

§ 2 - L'Office collecte et traite des données à caractère personnel en vue d'exercer ses missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les tâches mentionnées au chapitre 3. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de ses missions légales ou décrétales.

§ 3 - La collecte et le traitement de données à caractère personnel s'opèrent dans le respect de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

Art. 44. - Traitement de données relatives à la santé

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé occupé auprès de l'Office.

La collecte et le traitement de données relatives à la santé s'opèrent dans le respect du secret médical et de la loi du 22 août 2002 relative aux droits du patient.

Art. 45. - Catégories de données

L'Office ainsi que les inspecteurs et experts extérieurs désignés conformément à l'article 17 peuvent collecter et traiter toutes les données à caractère personnel des catégories suivantes qui, conformément à l'article 43, § 2, sont appropriées, utiles et proportionnées :

- 1° les données relatives à l'identité et les coordonnées du bénéficiaire;
- 2° les données relatives à l'identité et les coordonnées du représentant du bénéficiaire;
- 3° les données relatives à la fréquentation scolaire ou à la formation du bénéficiaire;
- 4° les données relatives à la situation familiale du bénéficiaire;
- 5° les données relatives à la situation sociale et financière du bénéficiaire;
- 6° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt du bénéficiaire;
- 7° les données relatives à la santé et au développement du bénéficiaire :
 - a) les données relatives à sa santé physique;
 - b) les données relatives à ses vaccinations;
 - c) les données relatives à sa santé psychique;
 - d) les données relatives à son comportement;
 - e) les données relatives aux risques et facteurs de risque;
 - f) les données relatives aux capacités et aptitudes;

8° les données du bénéficiaire particulièrement dignes d'être protégées, mentionnées à l'article 6 de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel;

9° les données judiciaires relatives au bénéficiaire.

Après avoir obtenu l'avis de la Commission de la protection de la vie privée, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1^{er} ainsi que la durée du traitement des données mentionnée à l'article 47.

Art. 46. - Recours privilégié aux données anonymes

Le recours aux données anonymes est en principe privilégié pour mener les missions mentionnées aux articles 6 et 17.

Si lesdites missions ne peuvent être menées de manière complète au moyen de ces données, le recours aux données à caractère personnel est autorisé.

Art. 47. - Durée du traitement des données

Les données ne peuvent être conservées, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées, plus longtemps que nécessaire pour réaliser les objectifs pour lesquels elles sont traitées. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Chapitre 8. — *Dispositions financières***Art. 48.** - Moyens financiers de l'Office

Pour mener à bien ses missions, l'Office dispose des crédits inscrits à cette fin au budget de la Communauté germanophone. L'Office peut accepter des dons et legs ainsi que toute autre forme de recette.

Les prestations de l'Office mentionnées dans le présent décret sont fournies dans les limites des crédits budgétaires disponibles.

Art. 49. - Indemnités

Le Gouvernement fixe le montant des indemnités allouées aux membres du conseil d'administration, aux experts, ainsi qu'aux membres de l'organe consultatif spécialisé.

Art. 50. - Remboursements

Lorsqu'une obligation de paiement existe dans le chef de tiers, l'Office peut réclamer le coût réel de la mesure de soutien calculé par lui aussi bien auprès du bénéficiaire après paiement du montant dû par les tiers que directement auprès du tiers payant par subrogation dans les droits du bénéficiaire. Des accords conclus entre le bénéficiaire et le tiers payant en ce qui concerne le règlement du dommage ne peuvent être opposés à l'Office.

Chapitre 9. — *Dispositions finales***Art. 51.** - Disposition modificative

Dans l'article 93.24, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 52. - Disposition modificative

Dans l'article 98.2, § 2, 3^o, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots « Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 53. - Disposition modificative

L'intitulé de l'article 40 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure est remplacé par ce qui suit :

« Office pour une vie autodéterminée ».

Dans l'alinéa 1^{er} du même article, les mots « Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 54. - Disposition modificative

Dans l'article 3, 5^o, du décret du 19 avril 2004 sur le sport, les mots « Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 55. - Disposition modificative

À l'article 1^{er} du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques, le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o personnes âgées : les personnes qui ont dépassé l'âge légal de la retraite; ».

Art. 56. - Disposition modificative

Dans le même décret, il est inséré un article 9.1 rédigé comme suit :

« Art. 9.1 - Si aucun plan de soutien n'a été établi pour le bénéficiaire conformément à l'article 7 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les pouvoirs organisateurs de maisons de repos pour personnes âgées et de maisons de repos et de soins font réaliser ce plan par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée avant d'octroyer leur prestation.

En cas de non-respect de la disposition prévue à l'alinéa 1^{er} et après avoir invité le pouvoir organisateur concerné à donner son avis, le Gouvernement peut exiger le remboursement du subside accordé au bénéficiaire par jour d'accueil, et ce, à raison de 10 % .

L'alinéa 2 de cet article entre en vigueur à une date fixée par le Gouvernement et au plus tard le 1^{er} janvier 2019. »

Art. 57. - Disposition modificative

Dans l'intitulé du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle, modifié par le décret du 13 février 2012, les mots « et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle » sont abrogés.

Art. 58. - Disposition modificative

Dans l'article 1^{er}, phrase introductive, du même décret, les mots « , ainsi qu'au bureau de consultation décrit au chapitre IV » sont abrogés.

Art. 59. - Disposition modificative

À l'article 2 du même décret, modifié par les décrets des 13 février 2012 et 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 1^o, les mots « , semi-résidentielle ou résidentielle » sont abrogés;

2^o le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« 2^o personnes âgées : les bénéficiaires qui ont dépassé l'âge légal de la retraite; »;

3^o le 3^o est abrogé;

4^o dans le 5^o, les mots « , semi-résidentielle ou résidentielle » sont abrogés;

5^o dans le 7^o, les mots « de famille et » sont abrogés;

6^o le 9^o est abrogé;

7^o le 11^o est abrogé.

Art. 60. - Disposition modificative

À l'article 3 du même décret, les mots « , ainsi que la personne morale qui exploite le bureau de consultation » sont abrogés.

Art. 61. - Disposition modificative

À l'article 6, alinéa 2, 1^o, du même décret, les mots « ou du bureau de consultation » sont abrogés.

Art. 62. - Disposition modificative

L'article 7, § 2, du même décret, modifié par les décrets des 13 février 2012, 25 février 2013 et 24 février 2014, est abrogé.

Art. 63. - Disposition modificative

Dans le même décret, il est inséré un article 9.1 rédigé comme suit :

« Art. 9.1 - Plan de soutien pour le bénéficiaire

Si aucun plan de soutien n'a été établi pour le bénéficiaire conformément à l'article 7 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les services d'aide à domicile font réaliser ce plan par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée avant d'octroyer leur prestation.

En cas de non-respect de la disposition prévue à l'alinéa 1^{er} et après avoir invité le service concerné à donner son avis, le Gouvernement peut exiger le remboursement du forfait horaire accordé au bénéficiaire par jour d'accueil conformément à l'article 10, § 2, et ce, à raison de 10 % .

Art. 64. - Disposition modificative

Le chapitre IV du même décret, qui comprend les articles 11 à 15, modifié par les décrets des 13 février 2012 et 25 février 2013, est abrogé.

Art. 65. - Disposition modificative

Dans l'article 17 du même décret, le deuxième alinéa est abrogé.

Art. 66. - Disposition modificative

Dans l'article 18, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « ou au bureau de consultation » et « ou le bureau de consultation lui-même » sont abrogés.

Art. 67. - Disposition modificative

À l'article 19 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « et le bureau de consultation » sont abrogés;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 3, 1°, les mots « ou du bureau de consultation » et « , respectivement du bureau de consultation, » sont abrogés;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, 4°, les mots « ou du bureau de consultation » sont chaque fois abrogés;

4° dans le § 2, les mots « et le bureau de consultation » sont abrogés.

Art. 68. - Disposition modificative

À l'article 20 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « ou le bureau de consultation » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 3, les mots « ou du bureau de consultation » sont abrogés.

Art. 69. - Disposition modificative

À l'article 21 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « ou le bureau de consultation » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 3, les mots « ou du fonctionnement du bureau de consultation » sont abrogés;

3° dans l'alinéa 4, les mots « ou du bureau de consultation » sont abrogés.

Art. 70. - Disposition modificative

Dans l'article 22, 4°, du même décret, modifié par le décret du 13 février 2012, les mots « ou "Bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle" » sont abrogés.

Art. 71. - Disposition modificative

Dans l'article 23 du même décret, les alinéas 2 et 3, modifiés par le décret du 24 février 2014, sont abrogés.

Art. 72. - Disposition modificative

Dans l'article 24, alinéa 3, 4°, du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, modifié par le décret du 27 juin 2011, les mots « Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 73. - Disposition modificative

Dans l'article 6, alinéa 2, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, les mots « Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 74. - Disposition modificative

Dans l'article 7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 7°, du même décret, les mots « Office pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 75. - Disposition modificative

Dans l'article 87, § 2, 2°, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les mots « Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées » sont remplacés par les mots « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ».

Art. 76. - Disposition abrogatoire

Le décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, modifié en dernier lieu par le décret du 22 février 2016, est abrogé.

Art. 77. - Disposition transitoire

§ 1^{er} - L'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée succède à l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées. Il reprend les droits, devoirs, biens et charges correspondants.

§ 2 - Les membres du personnel de l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées qui se trouvent dans une relation de service au moment de la reprise sont considérés d'office comme étant membres du personnel de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Les membres du personnel sont transférés dans leur grade ou dans un grade équivalent et en leur qualité.

Ils conservent au moins la rétribution et l'ancienneté qu'ils avaient ou auraient obtenues s'ils avaient continué à exercer dans leur service d'origine la fonction dont ils étaient titulaires au moment de leur transfert.

§ 3 - Les membres du personnel de l'association sans but lucratif agréée en tant que bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle, conformément au décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle qui, au moment de la reprise, se trouvent dans une relation de travail avec cette association sont, à leur demande, engagés sous contrat auprès de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Sans préjudice des dispositions statutaires fixées par le Gouvernement en vertu de l'article 102 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, ils conservent en ce cas au moins la rémunération qu'ils avaient au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

Art. 78. - Disposition transitoire

Les établissements et associations agréés avant l'entrée en vigueur du présent décret conformément à l'article 30 du décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées sont considérés comme agréés par l'Office pour l'application de l'article 12.

Art. 79. - Disposition transitoire

Les dispositions énoncées à l'article 15 ne s'appliquent pas aux mesures de soutien fournies avant le 1^{er} avril 2009.

Art. 80. - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2017, à l'exception :

- des articles 8 et 9 dans la mesure où ils concernent les aides à la mobilité telles que définies aux articles 34, alinéa 1^{er}, 4^o, 35, § 1^{er} et 42 à 45 de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994 ainsi qu'à l'article 28, § 8, de l'annexe à l'arrêté royal du 14 septembre 1984 établissant la nomenclature des prestations de santé en matière d'assurance obligatoire soins de santé et indemnités et aux articles 51^{ter}, 85 et 294 de l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2017.

- de l'article 16, qui entre en vigueur à une date fixée par le Gouvernement et au plus tard le 1^{er} janvier 2019.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 13 décembre 2016.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2016-2017

Documents parlementaires : 148 (2016-2017) n^o 1 Projet de décret

148 (2016-2017) n^{os} 2+3 Propositions d'amendement

148 (2016-2017) n^o 4 Rapport

Compte rendu intégral : 13 décembre 2016, n^o 34 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/200237]

13 DECEMBER 2016. — Decreet tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Hoofdstuk 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1. - Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, de dienstverrichters en alle personen die als gebruiker een beroep doen op hun ondersteuningsmaatregelen.

Art. 2. - Verwijzing naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3. - Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1^o zelfbeschikkend leven: vorm geven aan het eigen dagelijks leven, met de noodzakelijke adviesverlening, begeleiding en ondersteuning indien de betrokken gebruiker die nodig heeft of wenst;

2^o keuzevrijheid: de vrijheid van de gebruiker om zelf voor een mogelijkheid te kiezen;

3^o gebruikers: de hierna volgende natuurlijke personen:

a) kinderen en jongeren: personen tussen 0 jaar en 21 jaar die wegens langdurige of blijvende lichamelijke, psychische, verstandelijke of zintuiglijke beperkingen en in wisselwerking met diverse drempels niet volledig, effectief en op voet van gelijkheid kunnen participeren in de samenleving;

b) volwassenen: personen tussen 21 jaar en de wettelijke pensioenleeftijd die wegens langdurige of blijvende lichamelijke, psychische, verstandelijke of zintuiglijke beperkingen en in wisselwerking met diverse drempels niet volledig, effectief en op voet van gelijkheid kunnen participeren in de samenleving;

c) bejaarden: personen die de wettelijke pensioenleeftijd overschreden hebben;

d) mantelzorgers: personen die niet-beroepshalve zorgen voor een onder a), b) of c) vermelde persoon met wie ze een nauwe band hebben, los van de vraag of ze daarvoor vergoed worden of niet. Als mantelzorgers gelden ook de mantelzorgers vermeld in de wet van 12 mei 2014 betreffende de erkenning van de mantelzorger die voor mensen met een grote zorgbehoefte zorgen;

4° vertegenwoordiger: één van de hierna volgende natuurlijke personen:

a) de wettelijke of door de rechter aangewezen vertegenwoordiger van de gebruiker;

b) de door de gebruiker notarieel aangewezen gevolmachtigde, met uitzondering van de personen die werken voor een dienstverrichter op wie de gebruiker een beroep doet;

5° dienstverrichters: diensten en instellingen die ondersteuning verstrekken bij de gebruikers;

6° redelijke aanpassingen: de redelijke aanpassingen vermeld in artikel 3, 9°, van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie;

7° barrièrevrijheid: de vindbaarheid, toegankelijkheid en bruikbaarheid van de aspecten van het leven waaraan vorm wordt gegeven voor de gebruiker;

8° behoefteanalyse: het inschatten en vaststellen van de nodige zorgverstrekken, sociale, sociaal-pedagogische en huishoudelijke ondersteuningsmaatregelen, de behoefte aan hulpmiddelen en de behoefte aan aanpassingen van de woning, eventueel de behoefte aan professionele integratie, de financiële en administratieve hulp en andere behoeften van de gebruiker. Hierbij wordt rekening gehouden met de mogelijkheden en bekwaamheden van de gebruiker en zijn sociale omgeving;

9° casemanagement: de methode om samen met de gebruiker behoeftegericht en op passende wijze de nodige ondersteuning, begeleiding, stimulering en verzorging te organiseren. De opgave is hierbij, samen met de gebruiker, een doelgericht samenwerkingsstelsel te plannen, te organiseren en te evalueren dat afgestemd is op de concrete ondersteuningsbehoefte van de gebruiker;

10° ondersteuningsplan: het met behulp van de gebruiker op basis van de individuele behoefteanalyse samengestelde ondersteuningsaanbod als aanbeveling voor de ondersteuningsmaatregelen die de gebruiker heeft aangevraagd;

11° Dienst: de dienst voor zelfbeschikkend leven;

12° VN-verdrag: het Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006.

Art. 4. - Vertegenwoordiger

Binnen de perken van de wettelijke bepalingen kan de vertegenwoordiger van de gebruiker alle rechten en plichten van de gebruiker die in dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan vermeld worden in diens naam en voor diens rekening waarnemen. Hierbij handelt hij uitsluitend in het belang van de gebruiker.

Hoofdstuk 2. — Oprichting van de Dienst

Art. 5. - Oprichting

Er wordt een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven opgericht.

De Dienst heeft de rechtspersoonlijkheid van een instelling van openbaar nut overeenkomstig artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. De Dienst is onderworpen aan de bepalingen van dit decreet.

De Dienst is in Sankt-Vith gevestigd.

Hoofdstuk 3. — Zelfbeschikkend leven en taken van de Dienst

Afdeling 1. — Algemene taken en bepalingen

Art. 6. - Algemene taken

De Dienst heeft de volgende algemene taken:

1° de bevolking via bewustmaking, publieksvoorlichting en verspreiding van documentatie algemeen informeren over de bestaande ondersteuningsmaatregelen en het bestaande ondersteuningsaanbod die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren;

2° op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of de Regering ontwikkelingen opvolgen die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren;

3° op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of van de Regering voorstellen of aanbevelingen uitwerken om het aanbod aan te passen, met de daarmee samenhangende raamvoorwaarden. De Dienst kan ook op verzoek van andere overheidsdiensten voorstellen of aanbevelingen uitwerken om het aanbod aan te passen, met de daarmee samenhangende raamvoorwaarden;

4° informatie-uitwisseling en networking tussen de dienstverrichters binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst bevorderen en begeleiden;

5° studies en onderzoeken uitvoeren of in opdracht geven;

6° de bij- en nascholing van de personen die werkzaam zijn binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst aanmoedigen;

7° als centraal aanspreekpunt ('focal point') van de Duitstalige Gemeenschap voor het VN-verdrag:

a) de uitvoering van het VN-verdrag in de Duitstalige Gemeenschap algemeen coördineren;

b) een overkoepelend actieplan opmaken voor de uitvoering van het VN-verdrag in de Duitstalige Gemeenschap; dat actieplan wordt eerst door de Regering goedgekeurd en daarna aan het Parlement voorgelegd;

c) de uitvoering van het VN-verdrag en de in het actieplan vermelde maatregelen als gespecialiseerde dienst coördineren;

d) informeren en de bewustwording bevorderen over het VN-verdrag en vernieuwende concepten en ontwikkelingen op dat gebied, alsook over of voor de maatregelen en processen in de Duitstalige Gemeenschap;

e) rapporteren over de uitvoering van het VN-verdrag;

f) overleg plegen met de bevoegde nationale en internationale instellingen;

8° advies verlenen over barrièrevrijheid en de bewustwording omtrent barrièrevrijheid bevorderen;

9° de Duitstalige Gemeenschap in opdracht van de Regering vertegenwoordigen in Belgische, Europese of internationale organen, alsook samenwerkingsovereenkomsten sluiten met overheidsinstanties en instellingen in het binnen- en buitenland.

Art. 7. - Advisering van de gebruikers

De Dienst vervult de volgende adviserende taken voor de gebruikers:

1° de persoonlijke informatie, oriëntering en advisering van de gebruiker over de bestaande ondersteuningsmaatregelen die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren;

2° de uitvoering van de individuele behoefteanalyse, samen met de gebruiker. Bij deze analyse houdt de Dienst rekening met de wensen en noden van de gebruiker en met zijn keuzevrijheid. Als de gebruiker dat wenst, kunnen andere personen bij de analyse van de behoeften worden betrokken. De analyse van de behoeften gebeurt in de regel in de woning van de gebruiker of, naargelang van het geval, op de plaats waar hij een opleiding volgt of op de plaats waar hij werkt;

3° het opstellen van een individueel en leefwereldgericht ondersteuningsplan in overleg met de gebruiker. In het ondersteuningsplan worden de resultaten van de behoefteanalyse en de overeenkomstig die behoefteanalyse vastgestelde ondersteuningsmaatregelen vastgelegd. Het ondersteuningsplan wordt opgesteld met kennis van de eigen en voorhanden zijnde vrije capaciteiten bij de dienstverrichters en in overleg met die dienstverrichters;

4° de coördinatie van de maatregelen van het ondersteuningsplan, voor zover daar behoefte aan is en voor zover de gebruiker het eens is met het uitgewerkte ondersteuningsplan. Indien van het ondersteuningsplan wordt afgeweken of indien het verworpen wordt, ondersteunt de Dienst de gebruiker bij de uitvoering van de door hem gekozen ondersteuningsmaatregelen, binnen de perken van de beschikbare capaciteiten van de dienstverrichter;

5° de simulatie van de persoonlijke participatie voor de ondersteuning die in het ondersteuningsplan zijn opgenomen en de informatie van de gebruiker over mogelijke financiële en administratieve hulp;

6° het geven van vakkundig en persoonlijk advies aan de gebruiker gedurende de hele ondersteuningsperiode en het behoeftegericht coördineren van de maatregelen, met inachtneming van de individuele leefwereld van de gebruiker. Om na te gaan of de maatregelen nog altijd aangepast zijn, wordt het ondersteuningsplan samen met de gebruiker en de betrokken dienstverrichters:

a) voor kinderen, jongeren en volwassenen: op verzoek van de gebruiker of op voorstel van de Dienst opnieuw bekeken;

b) voor bejaarden: minstens om de zes maanden opnieuw bekeken.

De gebruikers en betrokken dienstverrichters brengen de Dienst ook op de hoogte als de behoeften veranderd zijn;

7° de gebruiker advies geven over geweldpreventie en hem ondersteunen na geweldervaringen.

De Regering bepaalt aan welke voorwaarden moet worden voldaan om een beroep te kunnen doen op de behoefteanalyse en op het opstellen van het ondersteuningsplan, alsook welke evaluatiecriteria en evaluatieprocedure gehanteerd worden om de behoefte in te schatten.

Art. 8. - Tegemoetkomingen en subsidies voor de gebruikers

De Dienst kan financiële tegemoetkomingen en/of subsidies voor individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen aan de gebruikers toekennen om de redelijke aanpassingen uit te voeren, ook voor mobiliteitshulpmiddelen.

De Regering bepaalt:

1° de voorwaarden voor de toekenning van tegemoetkomingen en subsidies, met inbegrip van een eventueel maximumbedrag;

2° de eventuele vormen van de tegemoetkomingen en subsidies;

3° de criteria en de procedure op basis waarvan de Dienst tegemoetkomingen en subsidies kan toekennen.

Art. 9. - Materiële ondersteuning voor de gebruikers

De Dienst kan de gebruikers materiële ondersteuning voor individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen bieden om redelijke aanpassingen uit te voeren, ook mobiliteitshulpmiddelen in de vorm van uitleningen.

Art. 10. - Plichten van de gebruikers

De Regering bepaalt:

1° het bedrag en de nadere regels voor de vaststelling van de persoonlijke participatie ten laste van de gebruikers die een beroep doen op de ondersteuning van de Dienst of van de dienstverrichters, onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen;

2° de plichten van de gebruiker of, naargelang van het geval, van zijn rechtsopvolger indien het eventueel gesubsidieerde of ter beschikking gestelde materiaal niet meer door hem persoonlijk gebruikt wordt;

3° de andere plichten van de gebruiker die gepaard gaan met de toekenning van een tegemoetkoming, een subsidie of materiële ondersteuning.

*Afdeling 2. — Specifieke taken ten behoeve van kinderen, jongeren en volwassenen***Art. 11. - Taken**

§ 1 - De Dienst vervult de volgende specifieke taken ten behoeve van kinderen, jongeren en volwassenen:

1° de sociaal-pedagogische begeleiding;

2° de begeleiding in het kader van de professionele integratie;

3° de toekenning van opleidings- en werkgelegenheidssteun;

4° de organisatie van woonaanbod buiten instellingen.

§ 2 - De Dienst begeleidt de kinderen en jongeren met medische revalidatiebehoeften in het kader van een casemanagement.

De Regering bepaalt de criteria die daarbij gehanteerd worden.

Art. 12. - Erkenning van dienstverrichters

Elke dienstverrichter die in het kader van dit decreet regelmatig één of meer van de volgende ondersteuningsmaatregelen voor kinderen, jongeren of volwassenen aanbiedt, moet door de Dienst erkend zijn voordat hij van start gaat met:

1° een therapeutisch aanbod, onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen;

2° instellingsgebonden woonvormen;

3° instellingsgebonden vormen van werkgelegenheid;

4° ondersteuningsaanbod en aanbod om belasting te verminderen;

5° aanbod op het gebied van zelfhulp, zelfbeschikking, bewustwording, vrije tijd en onderwijs en opleiding;

6° gespecialiseerd aanbod op het gebied van personenvervoer.

Art. 13. - Erkenningsprocedure

Om als dienstverrichter overeenkomstig artikel 12 erkend te kunnen worden, moet de inrichtende macht als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn of van een ondergeschikte overheid afhangen.

De Regering bepaalt:

- 1° de verdere erkenningsvoorwaarden en verplichtingen;
- 2° de eventuele vormen van de erkenning;
- 3° de criteria en de procedure op basis waarvan de Dienst de erkenning toekent, weigert, schorst of intrekt;
- 4° de duur van de erkenning die voor minstens één jaar en voor hoogstens tien jaar wordt toegekend.

Art. 14. - Subsidie voor de dienstverrichters

§ 1 - De Dienst kan subsidie toekennen aan erkende dienstverrichters, ook voor uitrusting.

De Regering bepaalt:

- 1° de subsidievoorwaarden en verplichtingen, met inbegrip van een eventueel maximumbedrag;
- 2° de eventuele subsidievormen;
- 3° de criteria en de procedure op basis waarvan de Dienst subsidies kan toekennen.

§ 2 - Onverminderd paragraaf 1 kan de subsidiëring in het kader van een overeenkomst tussen de Dienst en de dienstverrichter geschieden.

De Regering bepaalt de criteria die daarbij gehanteerd worden.

*Afdeling 3. — Specifieke taken ten behoeve van de bejaarden***Art. 15 - Adviesattest**

§ 1 - Na de adviesverlening vermeld in afdeling 1 en na de opmaak van een ondersteuningsplan bezorgt de Dienst een attest aan de bejaarde.

Indien de bejaarde een beroep wil doen op het residentiële aanbod van de bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen of op dienstverstrekkings van de gezins- en bejaardenhulp, dient hij dat attest samen met zijn aanvraag bij de dienstverrichter in.

Als geen attest is ingediend, verwijst de dienstverrichter - voordat hij ondersteuning verstrekt - de bejaarde naar de Dienst om een ondersteuningsplan te laten opstellen.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 hoeft geen attest bij de dienstverrichter te worden ingediend als de ondersteuning minder dan één maand duurt of als het gaat om palliatieve zorg.

Als een dringende ondersteuningsmaatregel toegekend wordt en verwacht wordt dat de ondersteuning meer dan een maand zal duren, licht de dienstverrichter de Dienst onmiddellijk in over de gemotiveerde urgentie. De Dienst onderzoekt de behoefte binnen een maand na het begin van de ondersteuning die door de dienstverrichter wordt verstrekt.

In geval van palliatieve zorg wordt de Dienst over de genomen maatregelen ingelicht.

§ 3 - Met uitzondering van de mobiliteitshulpmiddelen vermeld in de artikelen 8 en 9 en met uitzondering van de toewijzing van een zorgcategorie vermeld in artikel 16 eindigt de opdracht van de Dienst van rechtswege zodra de betrokkene permanent residentiële begeleiding krijgt.

Art. 16. - Toewijzing van een zorgcategorie

Met het oog op de toekenning van de passende financiële middelen aan de inrichtende machten van de bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen deelt de Dienst de bejaarde in een zorgcategorie in, voordat de bejaarde een beroep doet op het residentiële zorgaanbod van de bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen.

De Regering bepaalt welke evaluatiecriteria en welke evaluatieprocedure voor de toewijzing van de zorgcategorie moeten worden gehanteerd.

*Afdeling 4. — Inspectie- en controletaken***Art. 17. - Inspectie en controle**

§ 1 - Onverminderd artikel 13 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen en artikel 19 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten vallen de dienstverrichters vermeld in dit decreet onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering zijn aangewezen. Met het oog op de uitoefening van hun opdracht kunnen de inspecteurs een beroep doen op de steun van vertegenwoordigers van het openbaar gezag.

De met het toezicht belaste inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich ervan te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen:

- 1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig is voor de uitoefening van het toezicht;
- 2° ter plaatse kennis nemen van alle boeken en bescheiden voorgeschreven bij dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan, alsook afschriften of uittreksels ervan vervaardigen;
- 3° alle boeken en bescheiden inzien die noodzakelijk zijn om hun opdracht te vervullen;
- 4° op om het even welk ogenblik alle ruimten van de dienstverrichters bezoeken die geen woning zijn. Die onderzoeken en controles mogen worden uitgevoerd zonder voorafgaande aanmelding en zonder dat ze door een vertegenwoordiger van de dienstverrichter worden begeleid. In dat geval krijgt de vertegenwoordiger van de dienstverrichter in aansluiting daarop onmiddellijk feedback;
- 5° de woningen met toestemming van alle meerderjarige inwonenden met voorafgaande aanmelding bezoeken. De inwonenden hebben het recht daarbij aanwezig te zijn;
- 6° in de uitoefening van hun ambt een beroep doen op de hulp van de lokale of federale politie.

§ 2 - De Regering kan bovendien externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met het onderzoek en de beoordeling van een dienstverrichter. In dat geval ondersteunen de met die taken belaste deskundigen de inspecteurs bij de uitoefening van hun bevoegdheden vermeld in paragraaf 1.

§ 3 - De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

*Afdeling 5. — Uitvoering en andere opdrachten***Art. 18. - Uitvoering**

§ 1 - Voor zover dit hoofdstuk geen bijzondere regeling voor verdere raamvoorwaarden bevat, kan de Regering verdere raamvoorwaarden voor de uitvoering van de taken vermeld in dit hoofdstuk vastleggen, met inbegrip van eventuele procedurebepalingen.

§ 2 - De Regering keurt de bepalingen betreffende de uitvoering van de in dit decreet vervatte machtigingen goed; die goedkeuring geschiedt ofwel op voorstel van de raad van bestuur, ofwel nadat de voorontwerpen aan de raad van bestuur ter goedkeuring zijn voorgelegd.

Art. 19. - Andere opdrachten

De Regering kan de Dienst belasten met de uitvoering van aanvullende opdrachten, voor zover die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren en betrekking hebben op de gebruikers bepaald in artikel 3.

Hoofdstuk 4. — *Bestuur van de Dienst**Afdeling 1. — Raad van bestuur***Art. 20. - Samenstelling**

De raad van bestuur van de Dienst is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden :

1° een voorzitter, onverminderd artikel 23, tweede lid;

2° twee vertegenwoordigers van de representatieve werknemersorganisaties;

3° twee vertegenwoordigers van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

4° twee vertegenwoordigers van de ziekenfondsen;

5° twee deskundigen uit het bevoegdheidsgebied van de Dienst, onder wie minstens één persoon betrokken bij de taken bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 2, en één persoon betrokken bij de taken bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 3.

Hebben raadgevende stem in de raad van bestuur:

1° twee door de Regering aangewezen vertegenwoordigers van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de afgevaardigd directeur van de Dienst, tenzij de raad van bestuur voor een bepaalde vergadering daarover anders beslist;

3° één vertegenwoordiger van elke conferentie van dienstverrichters;

4° twee vertegenwoordigers van het maatschappelijk middenveld.

De raad van bestuur kan voor bepaalde punten deskundigen met adviserende stem voor zijn vergaderingen uitnodigen.

Art. 21. - Aanwijzing van de leden

§ 1 - De Regering wijst de volgende personen aan:

1° de voorzitter van de raad van bestuur;

2° de leden vermeld in artikel 20, eerste lid, 2°, op voordracht van de representatieve werknemersorganisaties;

3° de leden vermeld in artikel 20, eerste lid, 3°, op voordracht van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

4° de leden vermeld in artikel 20, eerste lid, 4°, op voordracht van de ziekenfondsen;

5° de leden vermeld in artikel 20, eerste lid, 5°;

6° de leden vermeld in artikel 20, tweede lid, 3°, op voordracht van elke overeenkomstig artikel 31 ingestelde conferentie van dienstverrichters;

7° de leden vermeld in artikel 20, tweede lid, 4°, op voordracht van de verenigingen vermeld in artikel 35.

Niet meer dan twee derde van de leden vermeld in artikel 20, eerste lid, 2° tot 5°, mag van hetzelfde geslacht zijn.

§ 2 - De hoedanigheid van lid van de raad van bestuur is niet verenigbaar met de hoedanigheid van lid van het Europees Parlement, de Kamer van volksvertegenwoordigers, de Senaat, een gemeenschapsparlement, een gewestparlement of een regering. Bovendien is de hoedanigheid van lid van de raad van bestuur niet verenigbaar met de hoedanigheid van provinciegouverneur, kabinetsmedewerker of personeelslid van de Dienst, onverminderd artikel 20, tweede lid, 2°.

Een stemgerechtigd lid van de raad van bestuur mag geen zitting hebben in de besluitvormings- of toezichtsorganen van de dienstverrichters die onder dit decreet vallen en mag evenmin personeelslid van één van die dienstverrichters zijn.

Art. 22. - Duur van de mandaten

De leden van de raad van bestuur worden voor een termijn van vijf jaar aangewezen. Hun mandaat kan worden verlengd.

Het mandaat van de leden van de raad van bestuur eindigt door overlijden, vrijwillig ontslag, verval van de burgerlijke of politieke rechten, verlies van het mandaat van de verenigingen, instellingen, diensten of groeperingen die kandidaten mogen voordragen of als één van de onverenigbaarheden bepaald in artikel 21, § 2, zich voordoet.

Elk lid van de raad van bestuur dat vóór de beëindiging van zijn mandaat aftreedt, wordt binnen drie maanden vervangen. Het nieuwe lid voltooit het mandaat van zijn voorganger.

Art. 23. - Besluitvorming

De raad van bestuur kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten als meer dan de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig of vertegenwoordigd is. Voor punten die voor de tweede keer op de agenda staan, kan de raad van bestuur geldige besluiten nemen, ongeacht het aantal aanwezige of vertegenwoordigende stemgerechtigde leden.

De besluiten van de raad van bestuur worden bij volstrekte meerderheid van de uitgebrachte stemmen genomen, waarbij de voorzitter alleen bij staking van stemmen stemgerechtigd is. In dat geval is zijn stem doorslaggevend.

Art. 24. - Taken

§ 1 - De raad van bestuur beschikt over alle bevoegdheden die noodzakelijk zijn voor de inhoudelijke en strategische oriëntatie, de organisatie en het bestuur van de Dienst. Hij zorgt ervoor dat er een klachtenbeheer bestaat.

In zijn huishoudelijk reglement kan hij beslissingsbevoegdheden overdragen aan de afgevaardigd directeur of aan andere personeelsleden van de Dienst.

§ 2 - De Regering vraagt het advies van de raad van bestuur over elk ontwerp van decreet of besluit betreffende de taken van de Dienst. De raad van bestuur is verplicht zijn advies binnen twee maanden na de aanvraag uit te brengen, tenzij een andere termijn is bepaald.

§ 3 - De raad van bestuur oefent de bevoegdheden van een Hoge Raad van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven uit.

Art. 25. - Huishoudelijk reglement

De raad van bestuur stelt een huishoudelijk reglement op en legt het ter goedkeuring aan de Regering voor.

Afdeling 2. — Gespecialiseerd adviesorgaan

Art. 26. - Oprichting

Bij de Dienst wordt een gespecialiseerd adviesorgaan opgericht.

Het gespecialiseerd adviesorgaan is onafhankelijk en multidisciplinair; overeenkomstig de taken vermeld in artikel 29 treedt het gespecialiseerd adviesorgaan op als raadgever en adviesgever. Bij zijn werk volgt het adviesorgaan een holistische benadering.

Art. 27. - Samenstelling

Het gespecialiseerd adviesorgaan is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden:

- 1° twee leden van de raad van bestuur;
- 2° twee leden van elke ingestelde conferentie van dienstverrichters;
- 3° een tewerkstellingsdeskundige;
- 4° een onderwijs- en opleidingsdeskundige;
- 5° een gezondheidsdeskundige;
- 6° een huisvestingsdeskundige;
- 7° een deskundige op het gebied van langdurige zorg;
- 8° een deskundige op het gebied van bio-ethiek;
- 9° een revalidatiedeskundige;
- 10° een deskundige op het gebied van socio-professionele integratie.

De afgevaardigd directeur en de door hem aangewezen personeelsleden van de Dienst kunnen de vergaderingen van het gespecialiseerd adviesorgaan met raadgevende stem bijwonen.

Art. 28. - Aanwijzing van de leden

De Regering wijst de leden van het gespecialiseerd adviesorgaan aan en kiest uit die leden de voorzitter van het gespecialiseerd adviesorgaan.

Als zij de raad van bestuur daarom verzoeken, kunnen zij hun mandaat te allen tijde neerleggen.

De Regering beëindigt het mandaat van een lid:

- 1° wanneer het lid op zes achtereenvolgende zittingen van het gespecialiseerd adviesorgaan afwezig is of op drie achtereenvolgende zittingen zonder excuus afwezig is;
- 2° bij niet-naleving van dit decreet of de uitvoeringsbepalingen ervan.

Elk lid dat vóór de beëindiging van zijn mandaat geen deel meer uitmaakt van het gespecialiseerd adviesorgaan, wordt binnen drie maanden vervangen.

Art. 29. - Taken

Het gespecialiseerd adviesorgaan vervult op verzoek van de raad van bestuur of op verzoek van de afgevaardigd directeur de volgende taken:

- 1° advies geven over situaties waarin leemten in het tot de bevoegdheid van de Dienst behorende dienstverleningsnetwerk opduiken of nieuwe behoeften van specifieke doelgroepen worden vastgesteld;
- 2° advies geven over voorgestelde nieuwe projecten en ondersteuningsverstrekkingen die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren;
- 3° advies geven over deontologische vragen die tot de bevoegdheid van de Dienst behoren;
- 4° advies geven over ingewikkelde individuele dossiers;
- 5° in het kader van het klachtenbeheer actief worden;
- 6° onverminderd artikel 17, in het kader van de door de Regering bepaalde voorwaarden en procedureregels, taken uitvoeren op het gebied van het verifiëren van de dienstverrichters en hun ondersteuningsverstrekkingen;
- 7° buitengewone adviesactiviteiten uitoefenen.

Art. 30. - Huishoudelijk reglement

In het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur vermeld in artikel 25 worden in het bijzonder de volgende aspecten geregeld:

- 1° de bijeenroeping van het gespecialiseerd adviesorgaan;
- 2° het besluitvormingsproces in het gespecialiseerd adviesorgaan;
- 3° het opstellen van de notulen;
- 4° de plaats waar vergaderd wordt;
- 5° de manier waarop deskundigen voor bepaalde punten bij de vergaderingen betrokken worden.

Afdeling 3. — Conferenties van dienstverrichters

Art. 31. - Oprichting

De raad van bestuur richt minstens twee conferenties van dienstverrichters op om informatie uit te wisselen en te netwerken tussen de betrokken dienstverrichters, waaronder minstens één conferentie van dienstverrichters betrokken bij de taken bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 2 en één conferentie van dienstverrichters betrokken bij de taken bepaald in hoofdstuk 3, afdeling 3.

De dienstverrichters zijn lid van minstens één van die conferenties.

De Regering bepaalt de procedure voor de oprichting van de conferenties van dienstverrichters en bepaalt de werkwijze en de taken van die conferenties.

*Afdeling 4. — Afgevaardigd directeur en personeel***Art. 32. - Benoeming**

De Regering benoemt de afgevaardigd directeur van de Dienst en legt zijn statuut vast.

Art. 33. - Taken

De afgevaardigd directeur voert de besluiten van de raad van bestuur uit. Hij leidt het personeel en zorgt voor het dagelijks bestuur van de Dienst in het kader van de volmachten die de raad van bestuur hem in het huishoudelijk reglement heeft opgedragen.

De afgevaardigd directeur bereidt de vergaderingen van de raad van bestuur voor, verstrekt de raad van bestuur alle inlichtingen en legt hem alle voorstellen voor die voor de werking van de Dienst nuttig zijn.

De afgevaardigd directeur vertegenwoordigt de Dienst in gerechtelijke en buitengerechtelijke aangelegenheden. Met de toestemming van de raad van bestuur kan hij delen van die bevoegdheden aan een of meer personeelsleden overdragen.

In geval van met redenen omklede urgentie en binnen de perken bepaald in het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur oefent de afgevaardigd directeur de bevoegdheden van de raad van bestuur uit. Hij brengt daarover verslag uit aan de raad van bestuur op diens eerstvolgende zitting.

Art. 34. - Pensioen

De ambtenaren van de Dienst, met inbegrip van de afgevaardigd directeur, zijn onderworpen aan de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

*Hoofdstuk 5. — Participatie van het maatschappelijk middenveld***Art. 35. - Structurele participatie**

De Regering kan, overeenkomstig de door haar vastgestelde nadere regels, besluiten om de verenigingen die binnen het bevoegdheidsgebied van de Dienst werkzaam zijn, structureel te laten participeren om de participatie van het maatschappelijk middenveld in het niet-persoonsgebonden besluitvormingsproces te waarborgen.

De Regering of de Dienst kan voor initiatieven of projecten het advies van de verenigingen inwinnen. De verenigingen brengen hun advies uit binnen twee maanden na de aanvraag, tenzij een andere termijn is bepaald.

Het schriftelijke advies kan vervangen worden door een geprotocolleerde dialoog in onderscheiden vormen tussen de verenigingen en de aanvrager.

De verenigingen kunnen op eigen initiatief adviezen aan het Parlement, aan de Regering of aan de Dienst richten.

*Hoofdstuk 6. — Elektronische communicatie***Art. 36. - Beginsel van de elektronische communicatie**

§ 1 - In het kader van zijn bevoegdheden kan de Dienst met een gebruiker elektronisch communiceren, als die gebruiker daartoe vooraf uitdrukkelijk zijn toestemming heeft gegeven.

De gebruiker kan die toestemming te allen tijde en zonder motivering intrekken.

§ 2 - De Dienst kan de dienstverrichters ertoe verplichten elektronisch met hem te communiceren.

Art. 37. - Juridische gevolgen

§ 1 - Indien een gebruiker vooraf uitdrukkelijk zijn toestemming heeft gegeven, heeft de elektronische communicatie tussen de Dienst en die gebruiker - ongeacht of die communicatie in één of in beide richtingen is - dezelfde rechtsgeldigheid en dezelfde bewijskracht als mededelingen die via de post worden bezorgd.

De Dienst deelt de gebruiker vooraf gedetailleerd mee welke administratieve stappen eventueel moeten worden ondernomen en welke juridische gevolgen die toestemming heeft.

De gebruiker kan die toestemming te allen tijde en zonder motivering intrekken.

§ 2 - De elektronische communicatie tussen de Dienst en een dienstverrichter - ongeacht of die communicatie in één of in beide richtingen is - heeft dezelfde rechtsgeldigheid en dezelfde bewijskracht als mededelingen die via de post worden bezorgd.

Art. 38. - Veiligheid

De Dienst neemt met inachtneming van de inhoud, het doel en de aard van de elektronische communicatie alle noodzakelijke maatregelen om:

1° de veiligheid van de elektronische communicatie te waarborgen;

2° de vertrouwelijkheid, authenticiteit en volledigheid van de uitgewisselde gegevens te waarborgen;

3° de traceerbaarheid van het dataverkeer te waarborgen.

Art. 39. - Beperkingen en technische eisen

Om het dataverkeer te vereenvoudigen, kan de Dienst beperkingen opleggen en technische eisen stellen.

Art. 40. - Andere voorwaarden

De Regering kan de bepalingen van dit hoofdstuk preciseren en kan nog andere voorwaarden bepalen die bij de elektronische communicatie in acht moeten worden genomen.

*Hoofdstuk 7. — Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens***Art. 41. - Vertrouwelijkheid**

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de dienstverrichters en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 42. - Verplichting om samen te werken

Onverminderd de bepalingen van dit hoofdstuk zijn de personeelsleden die ter uitvoering van dit decreet belast zijn met het aanleggen van een gebruikersdossier ertoe verplicht samen te werken met de personen die ook in het kader van een begeleiding in het belang van de gebruiker werkzaam zijn. Deze personen moeten in het bijzonder over de al ondernomen stappen worden geïnformeerd.

De samenwerking geschiedt met inachtneming van de verdeling van de taken en bevoegdheden.

Art. 43. - Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - Onverminderd artikel 44 is de Dienst de verantwoordelijke voor de verwerking van persoonsgegevens vermeld in dit hoofdstuk in de zin van artikel 1, § 4, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 2 - De Dienst verzamelt en verwerkt persoonsgegevens om zijn wettelijke of decretale opdrachten uit te voeren, in het bijzonder voor de opdrachten vervat in hoofdstuk 3. Hij mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van zijn wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

§ 3 - Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 44. - Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg die werkzaam is in de Dienst.

Het verzamelen en verwerken van gegevens over de gezondheid geschiedt met inachtneming van het medisch geheim en met inachtneming van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt.

Art. 45. - Gegevenscategorieën

De Dienst en de inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 17 zijn aangewezen, kunnen alle overeenkomstig artikel 43, § 2, toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verzamelen en verwerken:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de gebruiker;

2° identiteitsgegevens en contactgegevens van de vertegenwoordiger van de gebruiker;

3° gegevens over het schoolbezoek of, naargelang van het geval, de opleiding van de gebruiker;

4° gegevens over de gezinssituatie van de gebruiker;

5° gegevens over de sociale en financiële situatie van de gebruiker;

6° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses van de gebruiker;

7° gegevens over de gezondheid en de ontwikkeling van de gebruiker:

a) gegevens over de lichamelijke gezondheid;

b) gegevens over inentingën;

c) gegevens over de geestelijke gezondheid;

d) gegevens over het gedrag;

e) gegevens over risico's en risicofactoren;

f) gegevens over de bekwaamheden en vaardigheden;

8° gevoelige gegevens van de gebruiker vermeld in artikel 6 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens;

9° gerechtelijke gegevens over de gebruiker.

Nadat de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer advies heeft verstrekt, preciseert de Regering de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid en de duur van de gegevensverwerking vermeld in artikel 47.

Art. 46. - Bij voorkeur werken met anonieme gegevens

Voor het uitvoeren van de taken vermeld in de artikelen 6 en 17 wordt principieel bij voorkeur met anonieme gegevens gewerkt.

Indien die taken niet volledig kunnen worden uitgevoerd aan de hand van die anonieme gegevens, dan mogen persoonsgegevens gebruikt worden.

Art. 47. - Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen niet langer dan noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor ze verwerkt worden in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Onverminderd de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

*Hoofdstuk 8. — Financiële bepalingen***Art. 48. - Financiële middelen van de Dienst**

Om zijn taken te vervullen beschikt de Dienst over de middelen die daarvoor in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven zijn. De Dienst mag giften en legaten aanvaarden en elke andere ontvangst boeken.

De in dit decreet vermelde dienstverleningen van de Dienst worden binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen verstrekt.

Art. 49. - Vergoedingen

De Regering bepaalt het bedrag van de vergoedingen die aan de leden van de raad van bestuur, de deskundigen en de leden van het gespecialiseerd adviesorgaan worden toegekend.

Art. 50. - Terugvorderingen

Bestaat er een betalingsverplichting in hoofde van derden, dan kan de Dienst de door hem berekende werkelijke kosten voor de ondersteuningsmaatregel invorderen zowel bij de gebruiker na de betaling door de derden van het verschuldigd bedrag alsook rechtstreeks bij de derde door de subrogatie in de rechten van de gebruiker. Overeenkomsten die tussen de gebruiker en de derde m.b.t. de schade afgesloten worden, kunnen niet aan de Dienst worden tegengesteld.

Hoofdstuk 9. — Slotbepalingen

Art. 51. - Wijzigingsbepaling

In artikel 93.24, § 1, eerste lid, 2°, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "Dienst voor Personen met een Handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 52. - Wijzigingsbepaling

In artikel 98.2, § 2, 3°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "Dienst voor personen met een handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 53. - Wijzigingsbepaling

Het opschrift van artikel 40 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur wordt vervangen als volgt:

"Dienst voor zelfbeschikkend leven"

In het eerste lid van hetzelfde artikel worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 54. - Wijzigingsbepaling

In artikel 3, 5°, van het Sportdecreet van 19 april 2004 worden de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 55. - Wijzigingsbepaling

In artikel 1 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt:

"1° bejaarden: personen die de wettelijke pensioenleeftijd overschreden hebben;"

Art. 56. - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.1 - Indien voor de gebruiker geen ondersteuningsplan overeenkomstig artikel 7 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven is opgemaakt, laten de inrichtende machten van bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen, voordat ze hun dienstverlening aanbieden, dat ondersteuningsplan opmaken door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Bij niet-naleving van de bepaling vervat in het eerste lid en nadat de Regering de betrokken inrichtende macht aangemaand heeft advies te geven, kan de Regering 10 % van de voor die gebruiker per opvangdag uitbetaalde subsidie terugvorderen.

Het tweede lid van dit artikel treedt in werking op een door de Regering te bepalen tijdstip en uiterlijk op 1 januari 2019."

Art. 57. - Wijzigingsbepaling

In het opschrift van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp, dat in de Duitse versie gewijzigd is bij het decreet van 13 februari 2012, worden de woorden "en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp" opgeheven.

Art. 58. - Wijzigingsbepaling

In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de woorden "en op het consultatiebureau dat omschreven is in hoofdstuk IV," in de inleidende zin opgeheven.

Art. 59. - Wijzigingsbepaling

In artikel 2 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 13 februari 2012 en 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden ", transmurale en stationaire hulp" opgeheven;

2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:

"2° bejaarden: gebruikers die de wettelijke pensioenleeftijd overschreden hebben;"

3° de bepaling onder 3° wordt opgeheven.

4° in de bepaling onder 5° worden de woorden "de transmurale hulp en de stationaire hulp" opgeheven;

5° in de bepaling onder 7° worden de woorden "Gezin en" opgeheven;

6° de bepaling onder 9° wordt opgeheven;

7° de bepaling onder 11° wordt opgeheven.

Art. 60. - Wijzigingsbepaling

In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de woorden ",en elke rechtspersoon die een consultatiebureau uitbaat," opgeheven.

Art. 61. - Wijzigingsbepaling

In artikel 6, tweede lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "of van het consultatiebureau" opgeheven.

Art. 62. - Wijzigingsbepaling

Artikel 7, § 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 13 februari 2012, 25 februari 2013 en 24 februari 2014, wordt opgeheven.

Art. 63. - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 9.1 - Ondersteuningsplan voor de gebruiker

Indien voor de gebruiker geen ondersteuningsplan overeenkomstig artikel 7 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven is opgemaakt, laten de thuishulpdiensten, voordat ze hun dienstverlening aanbieden, dat ondersteuningsplan opmaken door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Bij niet-naleving van de bepaling vervat in het eerste lid en nadat de Regering de betrokken dienst aangemaand heeft een advies te geven, kan de Regering 10 % van het voor die gebruiker, overeenkomstig artikel 10, § 2, uitbetaalde urenforfait terugvorderen."

Art. 64. - Wijzigingsbepaling

Hoofdstuk IV van hetzelfde decreet, dat de artikelen 11 tot 15 omvat, gewijzigd bij de decreten van 13 februari 2012 en 25 februari 2013, wordt opgeheven.

Art. 65. - Wijzigingsbepaling

Artikel 17, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 66. - Wijzigingsbepaling

In artikel 18, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "of over het consultatiebureau" en de woorden "of het consultatiebureau zelf" opgeheven.

Art. 67. - Wijzigingsbepaling

In artikel 19 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "en het consultatiebureau" opgeheven;

2° in paragraaf 1, derde lid, 1°, worden de woorden "of het consultatiebureau" opgeheven;

3° in paragraaf 1, derde lid, 4°, worden de woorden "of van het consultatiebureau" en de woorden "of het consultatiebureau" opgeheven;

4° in paragraaf 2 worden de woorden "en het consultatiebureau" opgeheven.

Art. 68. - Wijzigingsbepaling

In artikel 20 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "of het consultatiebureau" opgeheven;

2° in het derde lid worden de woorden "of van het consultatiebureau" opgeheven.

Art. 69. - Wijzigingsbepaling

In artikel 21 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "of het consultatiebureau" opgeheven;

2° in het derde lid worden de woorden "van het consultatiebureau" opgeheven;

3° in het vierde lid worden de woorden "of het consultatiebureau" opgeheven.

Art. 70. - Wijzigingsbepaling

In artikel 22, 4°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de woorden "of consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp" opgeheven.

Art. 71. - Wijzigingsbepaling

In artikel 23 van hetzelfde decreet worden het tweede lid en het derde lid, gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, opgeheven.

Art. 72. - Wijzigingsbepaling

In artikel 24, derde lid, 4°, van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, worden de woorden "Dienst voor de personen met een handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 73. - Wijzigingsbepaling

In artikel 6, tweede lid, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de aangepaste pedagogische hulpverlening in de gewone en gespecialiseerde scholen evenals ter aanmoediging van de bevordering van de leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leermoeilijkheden in de gewone en gespecialiseerde scholen worden de woorden "Dienst voor Personen met een Handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 74. - Wijzigingsbepaling

In artikel 7, § 1, eerste lid, 7°, van hetzelfde decreet worden de woorden "Dienst voor Personen met een Handicap" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 75. - Wijzigingsbepaling

In artikel 87, § 2, 2°, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor personen met een handicap)" vervangen door de woorden "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven".

Art. 76. - Opheffingsbepaling

Het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt opgeheven.

Art. 77. - Overgangsbepaling

§ 1 - De Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven is de opvolger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap. Hij neemt de rechten, plichten, goederen en lasten van die dienst over.

§ 2 - De personeelsleden van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap die op het tijdstip van de overname bij die dienst in dienst waren, worden van ambtswege als personeelsleden van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven beschouwd.

De personeelsleden worden overgeheveld met hun dienstgraad of een gelijkwaardige dienstgraad en in hun hoedanigheid.

Ze behouden ten minste de bezoldiging en de anciënniteit die zij hadden of zouden verkregen hebben indien ze de functie die ze op het tijdstip van de overheveling bekleden, verder hadden uitgeoefend in hun oorspronkelijke dienst.

§ 3 - De personeelsleden van de vereniging zonder winstoogmerk die overeenkomstig het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp erkend was als consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp die op het tijdstip van de overname bij die vzw in dienst waren, worden, indien ze daarom verzoeken, in dienst genomen bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Onverminderd de rechtspositionele bepalingen die de Regering op grond van artikel 102 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap heeft vastgelegd, behouden ze in dat geval op zijn minst het bezoldigingspakket dat ze op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet hadden.

Art. 78. - Overgangsbepaling

De inrichtingen en verenigingen die vóór de inwerkingtreding van dit decreet erkend waren op grond van artikel 30 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachige Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), worden voor de toepassing van artikel 12 beschouwd als door de Dienst erkende instellingen en verenigingen.

Art. 79. - Overgangsbepaling

De bepalingen vervat in artikel 15 zijn niet van toepassing op de ondersteuningsmaatregelen die vóór 1 april 2009 werden genomen.

Art. 80. - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2017, met uitzondering van :

- de artikelen 8 en 9, voor zover ze betrekking hebben op de mobiliteitshulpmiddelen zoals omschreven in artikel 34, eerste lid, 4^o, artikel 35, § 1, en de artikelen 42 tot 45 van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen gecoördineerd op 14 juli 1994, alsook in artikel 28, § 8, van de bijlage bij het koninklijk besluit van 14 september 1984 tot vaststelling van de nomenclatuur van de geneeskundige verstrekkingen inzake verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen en in de artikelen 51^{ter}, 85 en 294 van het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, die in werking treden op 1 juli 2017;

- artikel 16, dat in werking treedt op een door de Regering te bepalen datum en uiterlijk op 1 januari 2019.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 13 december 2016

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2016-2017

Parlementaire stukken: 148 (2016-2017) Nr. 1 Ontwerp van decreet

148 (2016-2017) Nr. 2+3 Voorstellen tot wijziging

148 (2016-2017) Nr. 4 Verslag

Integraal verslag: 13 december 2016 - Nr. 34 Bespreking en aanneming